

Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung

Unser Beitrag im Rahmen der internationalen
Zusammenarbeit



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung

**Unser Beitrag im Rahmen der internationalen
Zusammenarbeit**

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Postfach 5180, 65726 Eschborn
Internet: <http://www.gtz.de>

Konzeption

Stephan Paulus

Verantwortlich

Wolfgang Morbach
– Umweltmanagement, Wasser, Energie, Transport –

Beiträge von

Hinnerk Bartels, Brigitte Baumer, Jörg Baur, Achim Blume, Elke Breckner, Manfred Breithaupt, Christian Breustedt, Dietrich Burger, Mohamed El-Khawad, Mike Enskat, Roland Haas, Winfried Hamacher, Wolfgang Hannig, Albrecht Graf von Hardenberg, Kathrin Heidbrink, Stefan Helming, Bettina Hoffmann, Rhena Hoffmann, Walter Huppert, Pierre Ibisch, Gerd Juntermanns, Ellen Kallinowsky, Andreas Kanzler, Thomas Kirsch-Woik, Uwe Kievelitz, Reinhard Koschel, Holger Liptow, Alison Lobb-Rabe, Elisabeth Mausolf, Gerhard Metschies, Kerstin Meyer, Wolfgang Morbach, Rainer Neidhardt, Stephan Paulus, Rolf Posorski, Joachim Prey, Ingrid Prem, Klaus Przyklenk, Jan-Peter Schemmel, Heinrich Schneider, Susanne Scholaen, Cornelia Schomaker, Imme Scholz, Jan Schwaab, Martin Tampe, Evy Thies, Veronika Utz, Marek Wallenfels, Beate Weiskopf, Christine Werner, Matthias Witt, Roger Wolf, Bernhard Zymła

Redaktion

Beate Wörner, Stuttgart

Gestaltung

Jutta Herden, Stuttgart

Fotos

GTZ-Archiv; Baeuerle (S. 25), ecosan-Projekt (S. 27), Knoll (S. 55),
v. Kruedner (S. 52), Leutiger (S. 19, links), Riethmüller (S. 6), Utz (S. 18)

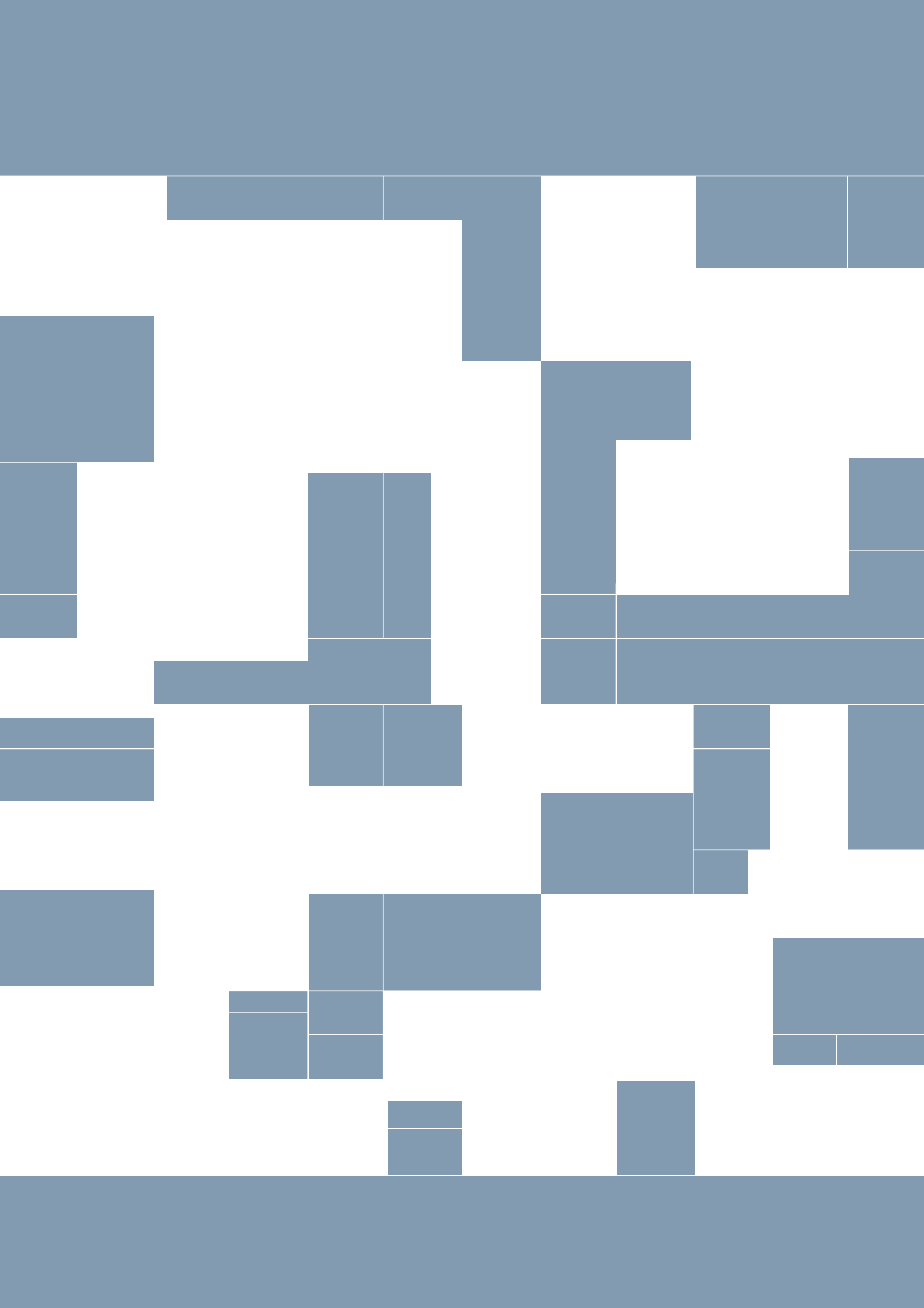
Druck

typo-druck rossdorf

Juni 2002

Inhalt

	1	Vorwort	5
	2	Nachhaltige Entwicklung – Rückblick und Standortbestimmung	6
	2.1	Von Rio nach Johannesburg – Eine Wegbeschreibung	6
	2.2	Das Leitbild der GTZ – oder: Unser Verständnis von nachhaltiger Entwicklung	7
	3	Wege zu nachhaltiger Entwicklung – Unsere Beiträge im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	12
	3.1	Die Ziele der Millennium-Deklaration	12
	3.2	Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung – Kompromisse sind nötig	13
	3.3	Ohne Armutsbekämpfung keine sozial nachhaltige Entwicklung	16
	3.4	Entwicklung auf Kosten der Umwelt bleibt ein Irrweg – oder: Ökologische Nachhaltigkeit ist Bestandteil unserer Arbeit	20
	3.5	Keine Zukunft ohne Wasser – oder: Das Lebenselixier nachhaltig nutzen	24
	3.6	Energie und Verkehr – Lebensnerven für eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung	28
	3.7	Globale Umweltpolitik – Wir müssen sie gemeinsam weiterentwickeln	32
	3.8	Nachhaltige Stadtentwicklung auf den Weg bringen – oder: Die Mehrheit der Menschen wird in Städten leben	35
	3.9	Ländliche Entwicklung – oder: Den ländlichen Raum als zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum gestalten	37
	3.10	Effizienz, Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit – oder: Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung zusammenbringen	40
	3.11	Aids bedroht uns alle – insbesondere aber die Zukunft Afrikas	43
	3.12	Krisenprävention – oder: Internationale Zusammenarbeit als Teil der Friedenspolitik	45
	4	Dienstleister für internationale Zusammenarbeit – Worauf wir bauen können	48
	4.1	Unser Kapital ist unser Wissen und unser Können	48
	4.2	Unser Ansatz: Mit neuen Allianzen Kapazitäten für nachhaltige Entwicklung stärken	49
	4.3	Unsere Rolle: Wir sind Mittler zwischen Politik und Wirtschaft	50
	4.4	Nachhaltige Entwicklung fängt bei uns selbst an	53
	5	Ausblick: Es ist noch ein weiter Weg	55





Vorwort

Der Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hatte die Botschaft: Keine Entwicklung ohne eine intakte Umwelt! Zehn Jahre nach Rio kommt die Staatengemeinschaft im August und September 2002 nach Johannesburg zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Zentrale Fragen sind, wie der Globalisierungsprozess sozial, ökologisch und kulturell verträglich gestaltet, nachhaltige Entwicklung institutionell und finanziell abgesichert und Armut und Umweltzerstörung wirksam bekämpft werden können. Wir wollen als Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit dazu beitragen, dass die Themen Armut, Umwelt und nachhaltige Entwicklung auch im öffentlichen Interesse die Bedeutung erhalten, die sie für unser globales Zusammenleben haben und die internationale Zusammenarbeit einen entsprechenden Stellenwert in unserer Gesellschaft erhält.

Wir, die GTZ, wollen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit erfolgreich zu nachhaltiger Entwicklung in der Welt beitragen, das ist unser Unternehmensverständnis. Wir sind uns bewusst, dass wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der Ökosysteme miteinander verknüpft sind: Das Eine ist auf Kosten des Anderen langfristig nicht erreichbar. Wir haben verstanden, dass im Konfliktfeld von Natur, Macht und Märkten Konfrontation und einseitige Bevorzugung nicht weiterführen; nachhaltige Entwicklung setzt auf Kooperation, Verhandlungsfähigkeit, Kulturdialog, Lern- und Reformbereitschaft. Als Leitbild gründet es in international breit akzeptierten Grundwerten wie Achtung der Menschenrechte, globale Verantwortung und Partnerschaft, Demokratie und soziale Rechtsstaatlichkeit sowie verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Die GTZ ist diesen Werten ver-

pflichtet, sie sind Teil unserer Identität. Die Umsetzung dieses Leitbildes ist ein mühsamer Prozess, da häufig kurzfristige Interessen langfristigen Zielen, sektorales Denken einem ganzheitlichen Problemverständnis und individuelle und Gruppeninteressen den Gemeinschaftsinteressen und globalen Anliegen entgegenstehen. Wenn wir im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in der Welt leisten wollen, dann heißt das für uns, sich auch daran messen zu lassen, inwieweit unsere Arbeit mit dazu beiträgt, diese und andere Hindernisse wegzuräumen.

Dies schaffen wir nicht alleine. Deshalb bilden wir strategische Partnerschaften und neue Allianzen für nachhaltige Entwicklung. Neben unseren vielfältigen Kooperationen mit anderen internationalen Entwicklungsorganisationen wollen wir mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft neue Wege gehen, da sie ein wichtiger Motor für Entwicklung sind. Viele Unternehmen engagieren sich heute verstärkt in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen. Allerdings sind in vielen Ländern die institutionellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unzureichend, sodass die GTZ flankierend Unterstützung leisten kann. Themenbereiche, in denen bereits eine gute Zusammenarbeit besteht, sind beispielsweise Infrastruktur, Gesundheit, Umwelt oder berufliche Bildung. Auch uns stellt die Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung vor große Herausforderungen. Wir sehen dies als langfristigen Lernprozess, den wir als Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit gemeinsam mit unseren Partnern durchlaufen wollen. Mit dieser Broschüre wollen wir zeigen, wo wir in diesen Fragen stehen.

Dr. Bernd Eisenblätter
Geschäftsführer

Wolfgang Schmitt
Geschäftsführer

Nachhaltige Entwicklung – Rückblick und Standortbestimmung



2.1 Von Rio nach Johannesburg – Eine Wegbeschreibung

In den vergangenen zehn Jahren wurde ein Reihe internationaler Abkommen auf den Weg gebracht, doch Armut und Umweltzerstörung sind noch immer traurige Wirklichkeit. Wie geht es nach Johannesburg weiter?

Die VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, markiert eine der bedeutendsten umwelt- und entwicklungspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte. Der Erdgipfel in Brasilien brachte Regierungschefs aus mehr als 170 Ländern zusammen – gemeinsam legten sie den Grundstein für die Anerkennung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung.

Wichtige Vereinbarungen wie beispielsweise die Rio-Erklärung oder das globale Aktionsprogramm Agenda 21 waren das Ergebnis dieser Konferenz. Mit diesen und einer ganzen Reihe weiterer Vereinbarungen hat die Rio-Konferenz erheblich dazu beigetragen, dass die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die nachhaltige Entwicklung in vielen Ländern einen höheren Stellenwert erhielten.

Es gibt keinen Zweifel, dass trotz einiger Fortschritte die Besorgnis erregenden Entwicklungen, die zu der Rio-Konferenz geführt haben, nach wie vor aktuell sind. Armut ist noch immer in vielen Entwicklungsländern weit verbreitet. Der anhaltende Ausstoß von Treibhausgasen verändert das Weltklima. Die biologi-

sche Vielfalt nimmt weltweit rapide ab, Böden werden unfruchtbar, weil sie zu stark beansprucht werden und Wälder werden weiter abgeholzt. Die Zahl gewaltsamer regionaler und internationaler Konflikte nimmt ständig zu.

Bei der VN-Sondergeneralversammlung 1997, bekannt als Rio + 5, wurde eine erste Zwischenbilanz gezogen. Diese fiel eher ernüchternd aus, gemessen an den Erwartungen des Erdgipfels von 1992. Andererseits sollte aber auch nicht übersehen werden, dass zahlreiche Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene damit begonnen haben, die Ideen der Agenda 21 in konkrete Projekte umzusetzen. Immer mehr Verbraucher und Unternehmen tragen durch ihr Verhalten dazu bei, dass nachhaltige Entwicklung zu einem Marktfaktor wird.

Vom 24. August bis zum 4. September 2002 kommt die Staatengemeinschaft zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD) in Johannesburg, Südafrika zusammen. Die zentrale Frage in Johannesburg wird sein: Wie kann das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung in Zeiten der Globalisierung, des rasanten technologischen Fortschritts und zunehmender gewaltsamer Konflikte im Rahmen einer globalen Partnerschaft in die Praxis umgesetzt werden?

Die Vorbereitung des Johannesburg-Gipfels und die Verständigung auf die Agenda der Konferenz erfolgte „von unten nach oben“ – über nationale, regionale und schließlich globale Vorbereitungskonferenzen. Thematische Schwerpunkte des Gipfels werden Wasser, Energie, Armut, Globalisierung, Entwicklungsfinanzierung sowie die Reform der VN-Institutionen im Umwelt- und Entwicklungsbereich sein. Der Weltgipfel in Johannesburg ist ein weiterer Meilenstein, der die Chance bietet, der Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung neuen Schub zu verleihen. Dafür wollen wir unseren Beitrag leisten.

2.2

Das Leitbild der GTZ – oder: Unser Verständnis von nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist eine Leitplanke für den politischen Verhandlungsprozess.

Wir haben nachhaltige Entwicklung zu unserem Unternehmensleitbild gemacht, an ihm richten wir unsere Arbeit aus. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wollen wir erfolgreich zu nachhaltiger Entwicklung in der Welt beitragen, denn wir glauben, dass nur so die Zukunft unserer Einen Welt gesichert werden kann. Allerdings verlangt dieser unser Anspruch auch von uns selbst ein ständiges Lernen und die Weiterentwicklung unserer Dienstleistungen.

Integration langfristiger wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung beruht auf der Erkenntnis, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Erhaltung der Ökosysteme miteinander zusammenhängen: Das Eine ist langfristig nicht erreichbar, wenn es zu Lasten des Anderen geht. Vor dieser Realität können wir die Augen nicht verschließen, das zeigen alle Untersuchungen. Das Leitbild beruft sich deshalb auf das langfristige, gemeinsame Überlebensinteresse aller Länder und aller Akteure innerhalb dieser Länder. Es beruht auf der Annahme, dass es im gemeinsamen Interesse politisch, institutionell und technisch möglich ist, die Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele zu erreichen und sie im Sinne aller zu gestalten. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig Verzicht und die Kapitulation vor den „Grenzen des Wachstums“.

Vielmehr setzt nachhaltige Entwicklung auf Möglichkeiten einer dauerhaften Anpassung der Produktions- und Konsumstrukturen, auf Effizienzsteigerungen bei der Nutzung von Ressourcen, auf Vorsorge statt spä-

terer Reparatur und auf die Suche nach innovativen, kulturell angepassten Lösungen für die Ausgestaltung des Entwicklungsprozesses. Konflikte werden nicht geleugnet – sie sollen aber, wo immer möglich, durch Dialog und partnerschaftlich gefundene Lösungen überwunden werden. Dabei kommt es auf allen Ebenen darauf an, so genannte „Win-Win-Lösungen“ zu suchen, von denen beide Parteien etwas haben und die gleichzeitig die Entwicklung voranbringen und die Ressourcen schonen. Wo es solche Lösungen nicht gibt, müssen die „Trade-offs“, also der Nutzen für die Einen und die Belastungen für die Anderen transparent gemacht und fair gegeneinander abgewogen werden.

Als Unternehmen der internationalen Zusammenarbeit, das weltweit zusammen mit einer Vielzahl von Partnern und Partnerländern an diesem Dialog zur Findung partnerschaftlicher Lösungen teilnimmt – auf der lokalen Ebene ebenso wie auf der makropolitischen – sehen wir dabei unsere Aufgabe auch darin, die Kommunikation zwischen den Kulturen als Grundvoraussetzung eines partnerschaftlichen Austauschs zu stärken. Wir möchten dazu beitragen, dass Verschiedenartigkeit der Kulturen nicht als „Störfaktor“ globalen Zusammenlebens wahrgenommen wird, sondern als gesellschaftliche Chance, die für die Tragfähigkeit von Lösungen, ihre soziale Akzeptanz und ihre „Institutionalisierung“ entscheidend und unverzichtbar ist.



Kein ökologisches, sondern ein übergreifendes Entwicklungsleitbild

Nachhaltige Entwicklung wird von vielen Menschen als ein Leitbild verstanden, das vor allem ökologische Fragen in den Blickpunkt rückt. Aus Sicht der Entwicklungs- und Transformationsländer aber hat die wirtschaftliche und soziale „Entwicklungsagenda“ einschließlich der Frage des internationalen Finanztransfers ein mindestens ebenso großes Gewicht. Dass der „Erdgipfel“ 1992 nicht zu einem Umweltgipfel wurde, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Entwicklungsländer – und auch die Entwicklungspolitik – darauf pochten, dass insbesondere auch Armut, Hunger und Elend „unsere gemeinsame Zukunft“ bedrohen. Die Untrennbarkeit von Umwelt und Entwicklung und die „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“ für die Zukunft sind deshalb Kernbotschaften von Rio, die von der Brundtland-Kommission („Unsere gemeinsame Zukunft“, 1987) vorbereitet wurden.

Definitionen nachhaltiger Entwicklung

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Brundtland-Kommission, 1987

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die „Verbesserung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen in Einklang zu bringen.“

Agenda 21, 1992

Der „Erdgipfel“ brachte deshalb mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm hervor, das alle Politikbereiche berührt und alle Länder aufruft, für sich selbst Strategien nachhaltiger Entwicklung zu erarbeiten. Neben der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der natür-

lichen Lebensgrundlagen als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern umfassen sie zum Beispiel Armutsbekämpfung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Bevölkerungspolitik und Gesundheit ebenso wie Demokratisierung und die Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen. Nur in diesem übergreifenden Sinn kann nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene als Leitbild Akzeptanz finden. Aus dieser Sicht haben die Länder der „Gruppe der 77“ ihre Beiträge zur Lösung globaler Umweltprobleme immer wieder an Gegenleistungen seitens der Industrieländer gebunden.

Nachhaltige Entwicklung?

Die jüngsten Entwicklungen – bis hin zu den Anschlägen in den USA im September 2001 mit ihren Folgen – rufen erneut eindringlich in Erinnerung, dass es in der globalisierten Welt neben der Lösung der ökologischen Probleme eine Reihe anderer, ebenso wichtiger Aufgaben gibt: die Entwicklung einer globalen politischen Kultur, die politische Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung, der Nord-Süd-Dialog ebenso wie der Dialog zwischen den Kulturen, die Armutsbekämpfung, die Demokratisierung und die Sicherung des Friedens. Sie alle müssen Bestandteile einer langfristig angelegten Strategie sein, die weltweit die Zukunftsfähigkeit ins Zentrum unseres Handelns, unserer Beziehungen und unserer Spielregeln des Umgangs miteinander rückt. Zukunftsfähigkeit kann heute weniger denn je allein eine Sache der klassischen Umwelt- oder Entwicklungspolitik sein. Für die Zukunftsfähigkeit unserer einen Welt zeichnen alle Staaten, alle Ressorts, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft gemeinsam verantwortlich – wenn auch in unterschiedlicher Weise.

Die Grundwerte unseres Leitbildes

Nachhaltige Entwicklung setzt auf Kooperation, Dialog und Verhandlungsfähigkeit sowie auf Lern- und Reformbereitschaft. Das Leitbild beruht auf Grundwerten

Die Fakten weltweit

- 840 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt.
- 40 Prozent der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen.
- 850 Millionen Menschen sind Analphabeten.
- 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.
- 160 Millionen Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, jedes Jahr sterben 10 Millionen Kinder an Unterernährung.
- Für alle hochverschuldeten armen Länder (HIPC-Länder) zusammen liegt das geschätzte Entschuldungsvolumen bei ca. 70 Milliarden US-Dollar.
- Bis zum Jahre 2100 werden die globalen Durchschnittstemperaturen um bis zu 5,8 Grad Celsius ansteigen.
- Weltweit wurden im Jahr 2000 mehr als 24 Milliarden Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) durch Verbrennung fossiler Brennstoffe ausgestoßen. Etwa 80 Prozent des CO₂ in der Atmosphäre stammt aus Quellen in Industrieländern.
- 21,8 Millionen Menschen sind bis Ende 2000 an Aids gestorben, darunter 4,3 Millionen Kinder.
- New York verfügt über mehr Internetanschlüsse als ganz Afrika, Finnland hat mehr als Lateinamerika und die Karibik zusammen.
- 70 Prozent der Landbevölkerung Afrikas hat keinen Strom.
- Jährlich werden ca. 15 Millionen Hektar Wald – überwiegend in den Tropen – vernichtet.
- 10 bis 20 Prozent des anthropogenen Treibhauseffektes werden durch die Waldvernichtung verursacht. Die Tropenwälder beheimaten mehr als 90 Prozent des Artenbestandes unseres Planeten.
- Jedes 6. Kind geht nicht zur Schule – das sind über 110 Millionen Kinder im Grundschulalter, zwei Drittel davon sind Mädchen.
- Durch Erosion, Versalzung oder Austrocknung verschwinden jährlich rund 7 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Das ergibt im Verlauf von fünf Jahren eine Fläche von der Größe Deutschlands.
- Von Desertifikation sind ca. 1,2 Milliarden Menschen in 110 Ländern betroffen.
- In Schwarzafrika gibt es pro 20.000 Einwohner nur einen Arzt – in den Industrieländern kommt ein Arzt auf 350 Menschen.
- Der Anteil der erneuerbaren Energien (Sonne, Wasser, Wind) am weltweiten Energieverbrauch betrug 1998 nur 2 Prozent.
- Rund 60 Prozent der weltweiten Fischbestände sind entweder überfischt oder gänzlich ausgeschöpft.
- Die WHO nimmt an, dass etwa ein Viertel aller vermeidbaren Krankheiten umweltbedingt ist.
- Die Vermögenswerte der weltweit 200 reichsten Personen übersteigen das Gesamteinkommen von 41 Prozent der Weltbevölkerung.

(Quelle: 11. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung)

wie Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Solidarität, Gleichberechtigung, Toleranz zwischen den Kulturen, Gerechtigkeit und Demokratie. Nachhaltige Entwicklung überträgt uns die Aufgabe zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bewahrung einer Welt, die auch nachfolgenden Generationen noch Möglichkeiten bietet, ihre Bedürfnisse in einer lebenswerten Umwelt zu befriedigen, ist zwingende Notwendigkeit in einer Zeit, in der sich unsere technischen Fähigkeiten und zivilisatorischen Entwicklungen so weit entfaltet haben, dass sie drohen, eben diese Welt zu zerstören.

Die GTZ ist diesen Grundwerten verpflichtet. Sie sind Teil unserer Identität. Wir wollen deshalb im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit unseren Beitrag leisten, damit dieses langfristige Reformprojekt „Nachhaltige Entwicklung der einen Welt“ ein Erfolg werden kann. Wir sehen die Umsetzung dieses Leitbildes als gemeinsamen Lernprozess, in dem die internationale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielt. Wir wollen unsere Kompetenzen und unsere Dienstleistungen im Sinne dieses Leitbildes ständig verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass die internationale Zusammenarbeit den notwendigen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhält.



Langfristiges Reformprojekt mit Hürden

Die Erfahrung seit Rio zeigt, dass die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in der Praxis ein mühsamer Prozess ist, bei dem viele Hürden gemeistert werden müssen. Dies stellt alle Akteure vor große Herausforderungen.



Gemeinsame Interessen suchen, Interessenkonflikte lösen

Das Leitbild bietet Leitplanken für einen politischen Verhandlungsprozess, aber kein konkretes Ziel. Es beruht auf der Annahme, dass Lösungen im gemeinsamen langfristigen Interesse politisch erreichbar sind und gibt die Richtung vor. Allerdings berührt dieser Verhandlungsprozess Interessenlagen und Machtkonstellationen. Er findet auf einem Konfliktterrain statt. Er berührt Kultur und Identität der handelnden Menschen, er stellt hohe Ansprüche an die Verhandlungs-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit aller Interessengruppen, an die Bildung von Allianzen und an institutionalisierte Bahnen, in denen ein solcher Prozess fair organisiert werden kann. Das Tempo und der Umfang der Verwirklichung des Leitbildes sind deshalb an den Prozess gebunden.

Kurzfristige Interessen den langfristigen Interessen gegenüberstellen

Nachhaltige Entwicklung beruht auf der Erkenntnis, dass langfristig wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Einer solchen langfristigen Perspektive aber stehen kurze Wahlperioden, Jahresabschlüsse in Unternehmen, akute Armut, Handlungszwänge aufgrund kurzfristiger Ereignisse und viele andere Faktoren gegenüber. Insbesondere die geforderte Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch die Berücksichtigung der Belange von armen und benachteiligten Gruppen stoßen häufig auf Widerstand, weil sie beispielsweise kurzfristige Wettbewerbsvorteile oder Standortvorteile in Frage stellen.

Ganzheitliches und globales Leitbild, sektorale und nationale Praxis

Nachhaltige Entwicklung beruht auf einem ganzheitlichen und globalen Problemverständnis. Praktisches Handeln in Politik und Wirtschaft ist aber nach wie vor weitgehend sektoral organisiert. Sektorübergreifende Strukturen und Abstimmungsmechanismen sind oft zu schwach, um dieses Defizit zu kompensieren. Erfolgreiche Vorbilder sind noch die Ausnahme. In den internationalen Verhandlungsprozessen wiederum dominieren nationale Interessen, gepaart mit dem Konsensprinzip. Auch hier sind Fallstricke für die Durchsetzung nachhaltiger Entwicklung verborgen.

Das Zusammenwirken von Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft stellt alle Akteure auf die Probe

Die Integration von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen kann nur gelingen, wenn alle – und insbesondere auch die so genannten benachteiligten – Interessengruppen ihre Perspektiven nachhaltiger Entwicklung in einen partnerschaftlichen Aushandlungsprozess einbringen können und Konflikte konstruktiv bearbeitet werden. Dies erfordert pluralistische und beteiligungsorientierte Strukturen, die nicht

immer und überall selbstverständlich sind. Nachhaltige Entwicklung ist deshalb auch ein gesellschaftlicher und politischer Reformprozess, bei dem es darum geht, neue Wege der Steuerung zu gehen.

Die globale, die nationale und die lokale Ebene verknüpfen

Nachhaltige Entwicklung erfordert Entscheidungen und Veränderungen auf der globalen, auf der nationalen und auf der lokalen Ebene. Immer wieder muss geklärt werden, welche Fragen auf welcher Ebene am besten zu behandeln sind, und wie die Kohärenz zwischen diesen Ebenen verbessert werden kann. Globale Strukturpolitik ist deshalb eine zentrale Handlungsebene zur Umsetzung des Leitbildes – ebenso wie nationales und lokales Handeln. Auf allen Ebenen ist es wichtig, dass die Menschen die Zusammenhänge verstehen und auch im globalisierten Zusammenleben Raum bleibt für Integrität und Identität.

Wenn wir im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in der Welt leisten wollen, dann heißt das für uns, dass wir uns nicht zuletzt auch daran messen lassen wollen, inwieweit unsere Arbeit mit dazu beiträgt, diese und andere Hürden schrittweise abzubauen. Dies ist eine große Herausforderung, die mit darüber entscheiden wird, ob nachhaltige Entwicklung zu einem tragfähigen Leitbild wird oder nicht. In jedem Fall kann das Leitbild die zahlreichen Spannungsverhältnisse, die Teil der Realität sind, nicht auflösen; es weist aber die Richtung, aus diesen Spannungen positive Entwicklungsenergie zu gewinnen, nämlich durch partnerschaftliches Aushandeln.

Wege zu nachhaltiger Entwicklung – Unsere Beiträge im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit



Die internationale Zusammenarbeit spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Leitbildes nachhaltige Entwicklung. Sie ist ein Transmissionsriemen, mit dessen Hilfe die viel zitierte „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“ Realität werden kann. Die GTZ versteht sich als Teil der internationalen Zusammenarbeit.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist längst zu einer strukturpolitischen Aufgabe im globalen Kontext geworden. Es geht heute beispielsweise nicht mehr nur um das Bohren von Brunnen in der Sahelzone, sondern zunehmend um innovative Lösungen für funktionsfähige Wassernutzungssysteme. Ein anderes Beispiel ist die Beratung unserer Partnerländer bei der Schaffung rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen als Voraussetzung für sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftssysteme und effiziente staatliche Verwaltungen. Und es geht um die Mitwirkung bei der Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen. Zu unseren Aufgaben gehört es, die hierzu notwendigen Kapazitäten zu stärken und die Kräfte entsprechend zu bündeln. Insbesondere wollen wir im Rahmen unserer Arbeit tragfähige Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung stärken.

3.1

Die Ziele der Millennium-Deklaration

Die Ziele der Millennium-Deklaration sind für uns Verpflichtung. Sie entsprechen unserer Unternehmenszielsetzung und unseren Grundwerten.

Die Ziele der Millennium-Deklaration, die anlässlich des VN-Millenniumgipfels im September 2000 verab-

schiedet wurde, sind für die internationale Zusammenarbeit Verpflichtung. Diese Erklärung enthält international abgestimmte nachprüfbare Zielsetzungen, die im langfristigen globalen Interesse sind. Die angestrebten Ziele entsprechen unserer Unternehmenszielsetzung und unseren Grundwerten. Ihr Erreichen trägt zu nachhaltiger Entwicklung und Friedenssicherung bei. Wir setzen uns dafür ein, dass über die Umsetzung dieser Ziele ein tragfähiger Konsens hergestellt wird. Der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ bietet die Chance, Aktionsprogramme zur Umsetzung dieser Ziele weiterzuentwickeln.

Die Ziele der Millennium-Deklaration im Überblick

Ziel 1

Bekämpfung von extremer Armut und Hunger

Ziel 2

Universeller Zugang zur Basisbildung

Ziel 3

Fördern der Geschlechtergleichheit und Stärkung der Frauenrechte

Ziel 4

Verringerung der Kindersterblichkeit

Ziel 5

Verbesserung der Müttergesundheit

Ziel 6

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Ziel 7

Sichern eines nachhaltigen Umweltschutzes

Ziel 8

Entwicklung einer Globalen Partnerschaft für Entwicklung

3.2

Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung – Kompromisse sind nötig

Globale Partnerschaft ist auch eine Frage des Geldes: Des Geldes, das die Länder des Südens für ihre Entwicklung aufbringen können und des Geldes, das wir, die Industrieländer, bereit sind zu zahlen.

Wir sind gemeinsam für die Eine Welt verantwortlich. Das ist die Basis, auf der das Konzept der nachhaltigen Entwicklung beruht. Dies erfordert Kompromissbereitschaft von allen Seiten, nicht zuletzt in unserem eigenen Interesse. Das gilt auch für Finanzfragen.

Nicht erst seit Rio dreht sich die internationale Diskussion über Wege zur nachhaltigen Entwicklung auch ums Geld. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wer die Mittel aufbringt, sondern auch, auf welche Finanzquellen verstärkt zugegriffen werden sollte. Die Länder des Südens argumentieren, ein verbesserter Schutz der natürlichen Ressourcen komme auch den Industrieländern zugute und daher sollten diese einen maßgeblichen Beitrag zu dessen Finanzierung leisten. Eine andere Sichtweise dagegen vertreten die Industrieländer: Sie appellieren an die Eigenverantwortung der Länder des Südens. Worum geht es?

Mobilisierung heimischer Ressourcen

Grundvoraussetzung für die Mobilisierung heimischer Ressourcen ist, dass jedes Land seine Eigenverantwortung in diesem Bereich anerkennt. Die praktische Umsetzung hängt allerdings von verschiedenen Faktoren ab. Die wichtigsten sind die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine solide staatliche Finanzpolitik und die Entwicklung angemessener Finanzsysteme. Dazu gehören beispielsweise Ersparnisbildung, Bankenregulierung oder die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Korruption, um nur einige zu nennen. Hier sind die Länder des Südens gefordert, ihre Anstrengungen zur Finanzierung des Staates zu steigern.

Die GTZ hat viel Erfahrung bei der Beratung zur Verbesserung der staatlichen wie auch bei der Entwicklung privatwirtschaftlicher Finanzsysteme.

Private Kapitaltransfers

Als Folge der Globalisierung investiert die Privatwirtschaft heute zunehmend in den neuen Märkten der Entwicklungsländer. In dynamischen Ländern wie beispielsweise China, Thailand oder Mexiko übertreffen die privaten Kapitaltransfers die Entwicklungshilfegelder (ODA) bereits um ein Vielfaches. Die Einbeziehung der Privatwirtschaft wird so zu einer Schlüsselgröße und erfordert daher angemessene Rahmenbedingungen. Aber auch in den ärmeren Ländern nimmt die Zahl der ausländischen Unternehmer zu, die Joint Ventures suchen. Dies sind jedoch zunächst Aktivitäten unterhalb der Schwelle ausländischen Kapitaltransfers, daher sind sie in der FDI-Statistik, also der Statistik für die ausländischen Direktinvestitionen, nicht aufgeführt. Allerdings haben sich die Public Private Partnerships (PPP), wie diese Formen der Kooperation heißen, als ein wirksames Instrument zur Mobilisierung gerade dieser ausländischen Unternehmer erwiesen.

Unser Unternehmen hat langjährige Erfahrung mit Public Private Partnerships. In 60 Ländern sind wir bereits mehr als 200 Entwicklungspartnerschaften mit Unternehmern eingegangen. Die Summe der privaten Beteiligungen beläuft sich auf über 50 Millionen Euro. Die GTZ wertet dies als Zeichen dafür, dass ein großes Potenzial privaten Know-hows und Kapitals für entwicklungspolitische Ziele erschlossen werden kann.

Internationaler Handel

Die Einbeziehung des Handelsthemas in die Diskussion um Finanzquellen für Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Denn Tatsache ist, dass der Abbau von Handelsschranken und die stärkere Integration der

Entwicklungsländer in den Welthandel direkten Einfluss auf die Einkommenssituation der Entwicklungsländer haben.

Zur Verbesserung der internationalen Handelsbeziehungen leistet die GTZ in vielen Staaten einen Beitrag, beispielsweise indem sie Länder über den Zugang zu und die Mitarbeit in der WTO berät. Abbau von Handelschranken heißt vor allem Abbau von Subventionen in den Industriestaaten. Es gibt wenig Hoffnung, dass die betroffenen Akteure ihre Interessen zurückstecken werden. Andererseits heißt das auch, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den Entwicklungsländern verbessert werden muss. Hier ist ein langer Atem nötig und begleitende Beratung, wie sie die GTZ in ihrem Handelsförderungsprogramm anbietet.

Staatliche Entwicklungshilfe

Der staatlichen Entwicklungshilfe (ODA) kommt eine wichtige Rolle bei der Ergänzung der heimischen Finanzierungsquellen zu. Dies trifft besonders auf die ärmsten Länder zu, für die ODA weiterhin die wichtigste externe Finanzierungsquelle darstellt. Aus diesem Grund wird die Bedeutung des 0,7 Prozent-Zieles hervorgehoben, auf das sich die Industrieländer seit den Tagen der Brandt-Kommission zu Beginn der 70er-Jahre verpflichtet haben. Bis auf wenige Ausnahmen hat jedoch kein Industrieland bisher diese Verpflichtung eingehalten. Es würde die zukünftigen Verhandlungen erleichtern, wenn die wichtigsten Geberländer einen Zeitplan zur Verwirklichung des 0,7 Prozent-Ziels vorlegen würden. Die Vereinbarungen innerhalb der EU im Vorfeld der Monterrey-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung sind ein Schritt in die richtige Richtung. Danach soll der Anteil der staatlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt bis zum Jahr 2006 EU-weit auf 0,39 Prozent erhöht werden.

Systemfragen

Unter diesem Stichwort werden die drei Fragen Global Governance, Internationale Finanzarchitektur und Stärkung der Rolle der VN-Organisationen aufgegriffen. Bei Global Governance geht es vor allem um zwei Dinge:

- Erstens um die Reform der Entscheidungs- und Kontrollmechanismen der Internationalen Finanzorganisationen.
- Zweitens um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen Gremien mit beschränkten Zugangsmöglichkeiten – beispielsweise G 7, G 8, Gruppe der 77 oder Global Stability Forum um nur einige zu nennen – und den internationalen Organisationen, die allen Ländern offen stehen. Dazu gehören der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Vereinten Nationen (VN) oder auch die Welthandelsorganisation (WTO).

Wir begrüßen die Entscheidung, auf die Gründung neuer Organisationen zur Verbesserung der Koordination der internationalen Zusammenarbeit wie World Tax Organization oder World Environmental Organization zur Bündelung der bisherigen isolierten Programme zu verzichten.

Neue Instrumente zur Finanzierung

Ebenfalls zur Debatte stehen neue Instrumente zur Finanzierung vornehmlich multilateraler Aufgaben. Dabei geht es beispielsweise um Abgaben auf kurzfristige und spekulative Finanztransfers, die so genannte Tobin-Steuer, aber auch um Nutzungsentgelte für globale Gemeingüter wie die Ozeane oder den Weltraum. Die Frage nach der Entwicklung neuer Instrumente zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit ist für uns von großer Bedeutung, die Einsatzmöglichkeiten sollten gründlich überprüft werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ent-

scheidung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), eine solche Prüfung vorzunehmen.

Als Bundesunternehmen, das im Dienste der internationalen Zusammenarbeit steht, sehen wir unsere Hauptaufgabe darin, zur Umsetzung internationaler Verhandlungsergebnisse beizutragen. Ein wichtiger Ansatzpunkt dazu ist die Mobilisierung der heimischen Ressourcen. Hier beraten wir unsere Partnerländer

- bei der Entwicklung solider volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen,
- bei der Entwicklung eines tragfähigen Bankensystems,
- bei der Förderung der Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor, auch unter Einbeziehung der deutschen Wirtschaft und wirken mit
- bei einer verbesserten Integration der Länder des Südens in das globale Handelssystem.

Zudem sehen wir es als wichtige Aufgabe an, die Bundesregierung bei der Ausgestaltung der neuen globalen Partnerschaft kompetent zu beraten. Um all diese Aufgaben im Sinne nachhaltiger Entwicklung wahrnehmen zu können, muss mehr Geld in die öffentliche Entwicklungshilfe fließen. Hierfür muss in der Öffentlichkeit und im Ressortkreis geworben werden. Es ist unbestreitbar, dass die Lösung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme – deren Hauptverursacher die Länder des Nordens sind – für diese von hohem Interesse ist.

Beispiel: Kroatien

Verbraucher- und wirtschaftsfreundliches Steuersystem



Im Anschluss an den ersten Balkankrieg zu Beginn der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts stand die kroatische Regierung vor der Aufgabe, leistungsfähige Institutionen für einen unabhängigen Staat zu entwickeln. Mit an vorderster Stelle war der Aufbau eines marktwirtschaftlich orientierten Steuersystems.

„Unterstützung bei der Steuerreform in Kroatien“ hieß das Projekt, mit dem die GTZ zum Aufbau eines funktionsfähigen und an die Bedürfnisse des neu geschaffenen Balkanstaates angepassten Steuersystems beitrug. Ziel war, das Steuerwesen so zu gestalten, dass der Staat für seine Aufgaben zwar genügend Geld hat, der Fiskus aber nicht zum Hemmschuh für die Wirtschaft wird.

Um dies zu erreichen, wurde die Steuerverwaltung reorganisiert und ein neues Ausbildungssystem für die Mitarbeiter der Finanzverwaltung geschaffen. So wird eine faire, effektive und effiziente Steuererhebung gewährleistet. Im Rahmen der steuerpolitischen Beratung wurden die Rechtsgrundlagen für die Einkommensbesteuerung überarbeitet; dabei kam ein neues und besonders investitionsfreundliches System der Einkommensbesteuerung zur Anwendung. Auch Mehrwertsteuer müssen die Bürgerinnen und Bürger Kroatiens jetzt zahlen. Im Ergebnis hat das neue Steuersystem zu einer Steigerung der heimischen Investitionstätigkeit und einer guten Steuermoral geführt.

Beispiel: Mongolei

WTO-Mitglied mit Erfolgsaussichten



Die Mongolei war das erste Transformationsland, das sich für die Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) qualifizierte – nicht zuletzt das Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit mit der GTZ. Sie unterstützte die mongolische Regierung bei der Entwicklung und Umsetzung einer entsprechenden Außenhandelsstrategie und zeigte ihr Verhandlungsoptionen für den Zugang zur WTO auf. Auch bei der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen in nationales Recht waren die Fachkräfte der GTZ mit Rat und Tat zur Stelle.

Mithilfe des deutschen Engagements konnte die Mongolei die Aufnahme in die WTO bewältigen; die Integration in die Weltwirtschaft hat damit für den zentralasiatischen Staat Erfolg versprechend begonnen.

3.3

Ohne Armutsbekämpfung keine sozial nachhaltige Entwicklung

Armutsbekämpfung muss langfristig angelegt sein und wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen. Sie ist nur erfolgreich, wenn alle Akteure ihre Kräfte bündeln.

Über eine Milliarde Menschen, das ist mehr als ein Fünftel der Menschheit, leben in extremer Armut, das heißt, diese Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar täglich auskommen. Und die Hälfte der Menschheit hat weniger als zwei US-Dollar am Tag zum Leben. Dazu kommen die unzähligen Menschen, die ständig mit dem Risiko der Verarmung leben. Sie alle leben in menschenunwürdigen Umständen. Das Wohlstandsgefälle ist in zwei Jahrzehnten durchweg größer geworden. Armut ist eine schwer wiegende Bedrohung für Nachhaltigkeit, weil sie alle Prinzipien nachhaltiger Entwicklung verletzt und gefährdet. Armutsbekämpfung ist deshalb ein Schlüsselbereich nachhaltiger Entwicklung und kein zusätzliches Ziel.

Armutsbekämpfung muss langfristig angelegt sein und wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen. Sie ist nur erfolgreich, wenn alle Akteure ihre Kräfte bündeln.

Armutsbekämpfungsstrategien

Die Vergangenheit hat deutlich gemacht, dass nur dann die Armut vermindert wird, wenn dieser Aufgabe nicht nur in Sonntagsreden, sondern vor allem in der Praxis ständige Priorität eingeräumt wird. Deswegen legen die Regierungen der armen Länder zunehmend umfassende Entwicklungsstrategien vor – so genannte Armutsbekämpfungsstrategien. Diese Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP), wie sie international genannt werden, sind im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die Geber wichtig. Sie sind für viele Länder Bedingung für eine Entschuldung im

Rahmen der HIPC-II-Initiative, also des erweiterten Schuldenerlasses für hoch verschuldete Länder, oder für den Zugang zu vergünstigten Krediten. Aus Gebersicht kann nur mit Armutsbekämpfungsstrategien das internationale Entwicklungsziel erreicht werden: Die Zahl der Menschen, die weltweit in extremer Armut leben, bis 2015 um die Hälfte zu verringern.

Die Politik der Geber sowie internationale Wirtschafts-, Kredit- und Strukturpolitik sind künftig danach zu bewerten, ob sie mit dem Entwicklungsziel Armutsbekämpfung zu vereinbaren sind. Für eine endgültige Bewertung der Armutsbekämpfungsstrategien und ihrer Wirkungen ist es allerdings noch zu früh. Wir können jedoch bereits jetzt erkennen, dass in zahlreichen Ländern aufgrund des hohen Zeitdrucks die Partizipation aller Ressorts und insbesondere auch der Zivilgesellschaft noch zu wünschen übrig lässt. PRSP müssen aber auf der Verpflichtung aller Akteure beruhen und auch deren Interessen berücksichtigen. Deshalb richten sich unsere Beiträge bei der Unterstützung der PRSP-Prozesse vor allem auf die Förderung der Partizipation.

Zwischen Armut und Umwelt besteht ein Zusammenhang. Umweltprobleme tragen in vielerlei Hinsicht zur Armut bei und Armut trägt zu Umweltproblemen bei. Allerdings wird gerade dieser letztere Zusammenhang – verglichen mit anderen Umwelteinflüssen wie etwa der Industrialisierung – häufig in seiner Bedeutung überschätzt. Diese unheilige Allianz zwischen Armut und Umweltproblemen zu brechen, erfordert Veränderungen auf allen Ebenen, von der nationalen Politik bis zur lokalen Selbsthilfe, und es erfordert auch Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit.

Armutsbekämpfungsstrategien müssen deshalb langfristig ausgerichtet sein und auf einem breiten Verständnis von Armutsbekämpfung beruhen. Das heißt auch, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind. Gerade hier ist bei der Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategien noch einiges zu tun. Doch nicht nur die Umsetzung,

sondern auch schon die Formulierung muss mit bereits laufenden Planungsprozessen wie beispielsweise nationalen Aktionsplänen zur Desertifikationsbekämpfung und nationalen Umweltaktionsplänen besser verknüpft werden. In Mauretanien zum Beispiel unterstützen wir sowohl die Ausarbeitung einer Armutsbekämpfungsstrategie als auch die Erarbeitung von nationalen Strategien zur Desertifikationsbekämpfung und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. Dabei ist uns eine Verknüpfung der unterschiedlichen Prozesse ein wichtiges Anliegen. Wir begrüßen, dass der Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Ministerienebene eine Erklärung verabschiedet hat, die ausdrücklich in diese Richtung weist und fordert, dass PRSP und alle anderen strategischen Initiativen sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren müssen. Hierzu gibt es auch eine OECD-DAC-Leitlinie (Strategies for Sustainable Development: A Practical Guidance for Development Co-operation, 2001), an der wir aktiv mitgewirkt haben.

Aktionsprogramm 2015

Das Aktionsprogramm 2015 ist die Antwort der Bundesregierung auf die Armut in den Ländern des Südens. Mit ihm verpflichtet sie sich der Armutsbekämpfung. Sie will ihr Handeln – ausgerichtet am Leitbild nachhaltige Entwicklung – im internationalen Rahmen auf das Ziel der Armutsminderung ausrichten und national wie international aktiv strukturelle Veränderungen angehen und unterstützen. Das Aktionsprogramm sieht vor, dass die Bundesrepublik in Zukunft schwerpunktmäßig mit solchen Ländern zusammenarbeiten wird, die bereits deutlich armuts- und entwicklungsorientierte Reformen angehen. Neu an diesem Programm ist, dass damit internationale Armutsbekämpfung über die Entwicklungspolitik hinaus als eine Aufgabe der gesamten deutschen Politik und ihrer auswärtigen Beziehungen verstanden und damit auch einforderbar wird.

Die Ansätze der GTZ zur Armutsminderung

Die Beiträge der GTZ zur Armutsminderung betreffen alle Sektoren. Wir unterstützen unsere Partnerländer bei solchen Reformen, die darauf hinwirken, dass staatliche Institutionen aller Ebenen und Sektoren ein von der Bevölkerung getragenes Verständnis von Armut und Entwicklung vertreten.

Wir engagieren uns deshalb besonders in solchen Projekten, die Staatsbildungsprozesse begleiten, Verhandlungsräume öffnen und Mediatoren- und Unterstützungsfunktionen annehmen. Damit sollen Strukturen geschaffen werden, die es den armen Bevölkerungsschichten ermöglichen, ihre Anliegen und rechtmäßigen Forderungen in Politik und Gesellschaft einzubringen und durchzusetzen.

Mit unserer im engeren Sinne sozial-, sektor- und wirtschaftspolitischen Beratung unterstützen wir unsere Partner dabei, Armutsbekämpfung in allen Ressorts als Ziel und Maßstab ihrer Politik zu verankern.

Auch weiterhin bleiben aber – neben der Politikberatung und Sektorreform – zielgruppenorientierte Ansätze der Armutsbekämpfung in Bereichen wie ländliche Entwicklung, Bildung, Kleingewerbeförderung oder Gender, um nur einige zu nennen, wichtige Elemente unserer Programme.

In Zukunft wird es darum gehen, die verschiedenen nationalen Strategien im Sinne des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung miteinander zu verbinden und Armutsstrategien im Sinne gegenseitiger Verpflichtung zu fördern. Eine solche Möglichkeit wäre beispielsweise die Verknüpfung von Kreditvergabe oder -rückzahlung mit bestimmten Bedingungen.

Beispiel: Thailand

Bananenbauern machen Kasse



Wer Bananen trocknet, produziert auch eine Menge Biomüll. Traditionell werden die Schalen auf große Haufen geworfen, die so nach und nach vor sich hin roten und dabei im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel stinken. Diese wilden Biomüllkippen sind wahre Brutstätten für Fliegen und Ungeziefer, außerdem werden durch die Verrottung auch die Klimakiller Methan und Kohlendioxid freigesetzt. Dass es auch anders geht, beweisen rund 50 Bauernfamilien in Bang Krathum. Das ist ein Dorf in der Nähe von Phitsanulok, etwa 400 Kilometer nördlich von Bangkok. Und zwar mit Unterstützung des GTZ-Kleinprojektfonds zur Verbreitung angepasster Technologie, aus dem Maßnahmen bis zu einer Höhe von etwa 25.000 Euro finanziert werden. Heute werden die Bananenabfälle des ganzen Dorfes zu Kompost verarbeitet. Damit konnten die Bauernfamilien ihr Einkommen um etwa ein Drittel steigern. Inzwischen wurde eine kommunale Verarbeitungs- und Vertriebs Einrichtung für Kompostdünger aufgebaut. Der wirtschaftliche Erfolg stärkte die ganze Gemeinde und führte dazu, dass die Dorfbewohner wesentlich besser in die kommunalen Entscheidungsprozesse eingebunden sind als früher.

Fazit: Diese Kleinmaßnahme hat die Umweltsituation und die Wirtschaftskraft des Dorfes verbessert und auch zu mehr Beteiligung und sozialer Gerechtigkeit beigetragen. – Ein Beispiel für nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene.

Beispiel: Burkina Faso

Wasserzapfsäulen lassen Geld für Betreiber sprudeln



In Ouagadougou, der Hauptstadt des westafrikanischen Sahelstaates Burkina Faso, können sich auch die Armen sauberes Wasser leisten. Dafür sorgt die Umstrukturierung der städtischen Wasserversorgung, die vor zehn Jahren mit Unterstützung der GTZ in Angriff genommen wurde.

In ganz Ouagadougou wurden zuvor unerschlossene Armutsgebiete über zentrale Zapfsäulen oder Bornes Fontaines, wie sie genannt werden, an das städtische Wasserversorgungssystem angeschlossen. Zusätzlich wurden in den Randgebieten so genannte Postes d'eau autonome gebaut. Dies sind Brunnen mit eigener elektrischer Pumpe; das geförderte Wasser wird leicht gechlort. An den Säulen verkaufen private Lizenznehmer das Wasser an die Bevölkerung. Für die Menschen ist das allemal günstiger, als sich das kostbare Nass von Händlern per Fass nach Hause bringen zu lassen, auch wenn sie teilweise längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Dazu ein paar Zahlen. Normalerweise ist der Preis für einen Kubikmeter Wasser frei Haus etwa dreieinhalb mal höher als für einen Kubikmeter an der Zapfsäule. Allerdings explodieren die Preise in den Monaten Februar bis April, wenn Hitze und Trockenheit am größten sind. Dann kostet ein Kubikmeter Wasser frei Haus etwa 36-mal so viel wie an den Zapfsäulen.

Das hängt damit zusammen, dass ein Teil der Säulen, aus denen sich ja auch die Händler bedienen, in dieser Zeit kein Wasser haben und sie deshalb weite Wege machen müssen. Die etwa 7.000 Wasserverkäufer in Ouagadougou verdienen zwischen einem und anderthalb Euro pro Tag. Die Bornes Fontaines und die Postes d'eau autonome bringen also allen etwas. Den Einwohnern sauberes, preiswertes Wasser und den Betreibern, denen damit eine neue Einkommensquelle erschlossen wurde, gutes Geld. Außerdem trägt diese Einbindung lokaler Unternehmer direkt zur Armutsminderung bei.

Doch vermutlich werden die Menschen aus den Armenvierteln Ouagadougous in Zukunft noch günstiger an sauberes Wasser kommen, denn das städtische Wasserversorgungsunternehmen ONEA baut systematisch weiter das Netz aus, sodass in Zukunft mehr günstige Hausanschlüsse installiert werden können. Bei ONEA selbst sprudelt neben dem Wasser auch das Geld. Dazu tragen Effizienzsteigerungen und jährliche systematische Tariferhöhungen, insbesondere für Großverbraucher, bei.

3.4 Entwicklung auf Kosten der Umwelt bleibt ein Irrweg – oder: Ökologische Nachhaltigkeit ist Bestandteil unserer Arbeit

Weltweit steht die Umweltpolitik in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen, denen auch wir uns stellen müssen. Umweltpolitikberatung, so wie wir sie verstehen, ist Teil des politischen Prozesses und ein Beitrag zur Demokratisierung.

Trotz positiver Ansätze bleiben die Umweltprobleme in Entwicklungsländern, ja, sie verschärfen sich sogar. Wir müssen erkennen, dass viele Erfolge durch wirtschaftliches Wachstum und auch durch die Bevölkerungsentwicklung kompensiert und oft sogar überkompensiert werden. Die Zeit für eine geordnete Überleitung von unserem derzeitigen Weg auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung läuft aus.



Die Tatsache, dass Umweltschäden im Durchschnitt der Entwicklungsländer – bei steigender Tendenz – bereits zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts „auf-fressen“ belegt eindringlich, dass Entwicklung ohne ökologische Nachhaltigkeit langfristig nicht denkbar ist. Natürliche Ressourcen wie Wälder, Wasser oder

Böden sind gerade in Entwicklungsländern Überlebensressourcen. Erosion, Abholzung oder Versalzung bedrohen die Ernährungssicherheit, beschwören Konflikte herauf und fördern die Migration in die ohnehin überlasteten Städte. Die weiter zunehmende Urbanisierung wird mit erheblichen zusätzlichen Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung, Verkehrsproblemen, Wasserverschmutzung und Abfallproblemen verbunden sein. Ohne eine Umkehr dieser Trends werden wir unsere entwicklungspolitischen Ziele, insbesondere Armutsbekämpfung, Krisenprävention sowie Förderung von Demokratie und Menschenrechten nicht erreichen können.

Doppelrolle der Umweltpolitik

Weltweit steht die Umweltpolitik in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Sie wird ihnen in einer Doppelrolle begegnen müssen – als eigenständiges Ressort und als Querschnittspolitik. Als solche ist sie an der Ökologisierung, dem so genannten Greening aller Sektoren beteiligt und muss entsprechend gestärkt werden. Die Zuständigkeiten für viele Bereiche wie beispielsweise Abfallmanagement, Emissionskontrolle, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Naturschutz oder Bodennutzung sind nicht immer in den Umweltressorts gebündelt. Insofern konkurriert die Umweltpolitik mit Nutzungsinteressen in anderen Ressorts. Daher ist sie auf den Dialog zwischen den Ressorts angewiesen und muss übergreifende Regelungsmuster entwickeln helfen, die in die verschiedensten Sektoren hineinwirken: in Industrie und Handwerk, in Verkehr, Land- und Waldwirtschaft, in die Wasser- und Energiewirtschaft, in die Stadtentwicklung und in den Tourismus. In all diesen Sektoren muss sie Strategien einer nachhaltigen Ressourcennutzung verankern.

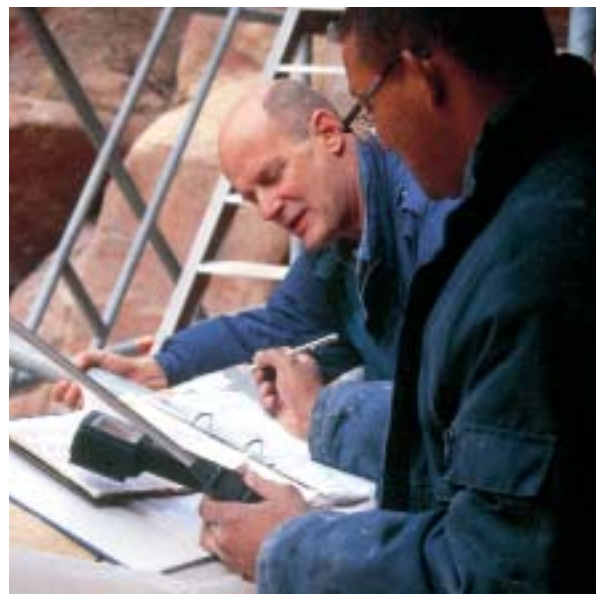
Die GTZ berät in vielen Umweltbereichen

So verstanden umfassen Umweltpolitik und nachhaltiges Ressourcenmanagement ein breites Spektrum von Beratungsfeldern. Dazu gehören:

- Nationale Umweltstrategien, Strategien nachhaltiger Entwicklung und Aktionsprogramme zur Umsetzung internationaler Umweltabkommen
- Integration von Umweltaspekten in Sektorpolitiken, beispielsweise durch Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung, durch integrierte Planung und durch Anreize
- Umweltgesetzgebung und Regelwerke zum Management natürlicher Ressourcen sowie umweltpolitische Lenkungsinstrumente
- Stärkung von Umweltverwaltungen und Dienstleistern auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene
- Kooperation und Konfliktmanagement im Umweltbereich einschließlich deren Institutionalisierung
- Umweltbildung, Umweltkommunikation sowie Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Desertifikationsbekämpfung, Erosions- und Bodenschutz, angepasste Landnutzung
- Nachhaltige Nutzung von Waldressourcen, nationale Waldprogramme sowie Zertifizierung von Forstprodukten wie beispielsweise Teakholzmöbel von Bäumen aus Plantagen oder Holzprodukte aus nachhaltiger Bewirtschaftung
- Erhaltung der biologischen Vielfalt
- Wasserressourcenmanagement, Abwasserentsorgung und Abfallmanagement
- Luftreinhaltung und Klimaschutz
- Betriebliches Umweltmanagement und produktionsintegrierter Umweltschutz

Wir verstehen Umweltpolitikberatung als Teil des politischen Prozesses. Eine Politik der Nachhaltigkeit ist mit der Stärkung pluralistischer und dezentraler Strukturen, mit Partizipation, mit der Bildung strategischer Allianzen, mit strukturellen Reformen, mit der Schaffung eines Konsenses über die langfristigen Ziele der Politik und mit neuen Formen der politischen Steue-

rung verbunden. Deshalb verstehen wir unsere Arbeit immer auch als Beitrag zur Demokratisierung. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen, die sich uns im Rahmen der Umweltpolitikberatung bieten, um die Privatwirtschaft mit einzubeziehen.



Die Erfahrung zeigt, dass Reformen zur Verbesserung der umweltpolitischen Rahmenbedingungen mehrere Jahrzehnte brauchen. Doch Zeit ist nicht alles; umweltpolitische Reformen erfordern auch starke Akteure, sie brauchen Menschen, die sich dafür engagieren. Für uns als Beratungsunternehmen besteht die Herausforderung im Umweltbereich darin, trotz schwankender politischer Konjunkturen als Wegbereiter und Ideengeber zu fungieren um die umweltpolitischen Kapazitäten in Entwicklungsländern zu stärken.

Übergreifende Politikberatung allein verliert ohne konkrete Erfahrung vor Ort leicht den Praxisbezug. Umgekehrt wird die mögliche Wirkung lokaler Projekte oft durch ungeeignete Rahmenbedingungen beeinträchtigt. Deshalb arbeiten wir sowohl an innovativen technischen Lösungen vor Ort als auch als Berater bei der Gestaltung der übergreifenden Umweltpolitik. Denn schließlich beinhaltet umweltpolitische Beratung auch die Stärkung der Partner bei der Positionierung und Mitgestaltung entsprechender Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene.

Beispiel: Tunesien

Bevölkerung und Wirtschaft Partner beim Umweltschutz



Deutschland ist der führende Partner Tunesiens im Umweltbereich. Der Umweltschutz ist in diesem nordafrikanischen Land weiter entwickelt als in den Nachbarregionen und hat einen hohen politischen Stellenwert. Grund: Der Tourismus ist für das Land eine wichtige Deviseneinnahmequelle. Er hat sich stets als Motor für den Umweltschutz des Maghreb-Staates erwiesen, da eine saubere Umwelt, Kläranlagen und eine geordnete Müllentsorgung Voraussetzungen für diesen wichtigen Dienstleistungsbereich sind. Durch die Globalisierung der Handels- und Exportbeziehungen hat ein neues Thema an Bedeutung gewonnen: Umwelt und Wirtschaft. Insbesondere für den Export tunesischer Vor- und Zwischenprodukte in den europäischen Markt spielen Umweltproduktnormen und Umweltproduktionsnormen eine immer bedeutendere Rolle. Damit ist die Privatwirtschaft in Form des exportorientierten produzierenden Gewerbes als wichtiger Akteur in die Arena der tunesischen Umweltpolitik getreten.

Neue Projekte, beispielsweise zur Wettbewerbsförderung durch betriebliches Umweltmanagement, sind Ausdruck der zunehmenden Bedeutung, die das Thema Umwelt für die tunesische Wirtschaft hat. Die Beratung des Umwelttechnologiezentrums CITET, das

als Schnittstelle zwischen Staat und privatem Sektor eine Schlüsselrolle spielt, unterstreicht diese Entwicklung, die jetzt in die Förderung der Privatwirtschaft als zweitem Schwerpunktbereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Tunesien mündet. Dies eröffnet weitere Ansatzpunkte zur Kooperation an der Schnittstelle von Umwelt und Wirtschaft.

Die tunesisch-deutsche Zusammenarbeit im Umweltbereich kann auf eine über 30-jährige Geschichte zurückblicken. Zu Beginn lag der Schwerpunkt bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser. Mit der Gründung der Abwasserbehörde ONAS (1974) trat dann das Thema Abwasserwirtschaft in den Vordergrund. Die Erfolge im Abwasserbereich und die herausragende Position der heutigen ONAS sind auch als Ergebnis der 20-jährigen Unterstützung durch die Bundesrepublik zu sehen. Mit der Gründung der Umweltbehörde ANPE (1989) und des Umweltministeriums (1991) gab es einen qualitativen Sprung in der Umweltkooperation der beiden Länder. Jetzt trat die Beratung des Umweltministeriums in den Vordergrund, und zwar zu Fragen wie Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltinformationssysteme, nationale Umweltberichte, ökonomische Instrumente im Umweltbereich und Umsetzung internationaler Umweltkonventionen wie beispielsweise der Desertifikationskonvention.

Zunehmend wird auch die tunesische Bevölkerung in die Umweltpolitik mit einbezogen. In fünf Kommunen im Nordwesten des Landes wurde inzwischen im Rahmen von lokalen Agenda 21-Prozessen damit begonnen, Strategien für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

Beispiel: Brasilien

Tropenwaldschutz mit vereinten Kräften



Mitte der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts alarmierten Besorgnis erregende Berichte über die zunehmende Umweltzerstörung in Amazonien die Weltöffentlichkeit. 1992 dann war das „Pilotprogramm zur Bewahrung der Regenwälder Brasiliens“ Wirklichkeit. Das Programm geht auf eine Initiative der sieben reichsten Industrieländer, der so genannten G 7, aus dem Jahre 1990 zurück. Rund 330 Millionen US-Dollar sind bislang in dieses Programm geflossen. Deutschland ist der größte Geber mit einem Beitrag von gut 255 Millionen Euro.

Mithilfe dieses Programms soll die Zerstörung der brasilianischen Regenwälder verringert und die ökologisch nachhaltige Nutzung dieser Waldgebiete verstärkt werden. Weitere Ziele sind die Verminderung der CO₂-Emissionen aus Amazonien, der Schutz der Artenvielfalt und die Einführung eines neuen Modells für die internationale Kooperation zur Lösung eines drängenden globalen Umweltproblems. Das Tropenwaldprogramm greift Themen und Ziele auf, die Gegenstand der Konventionen für den Schutz des Klimas und der Artenvielfalt sind.

Um all diese Ziele zu erreichen, wurden verschiedene Teilprogramme vereinbart, unter anderem die

- Ausweisung und Demarkierung von Indianergebieten (PPTAL),
- Förderung von Forschungszentren in Amazonien und von umweltrelevanten Forschungsvorhaben (PPD),
- Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder (PROMANEJO) und der Überschwemmungsgebiete (PROVARZEA),
- Unterstützung neuartiger nachhaltiger Ressourcennutzungsvorhaben durch die lokale Bevölkerung (PDA) und
- Stärkung der Umweltinstitutionen vor Ort (NRPP).

Das NRPP wird in allen neun amazonischen Bundesstaaten durchgeführt, in vier davon – Acre, Amazonas, Pará und Rondônia – in Zusammenarbeit mit der GTZ. Ihre staatlichen Partner sind die Landesumweltbehörden Amazoniens, die anfangs der 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegründet wurden, die Staatsanwaltschaft, die für den Schutz öffentlicher Güter zuständig ist und sich stark im Umwelt- und Ressourcenschutz engagiert, und die Umweltpolizei. Partner aus dem nichtstaatlichen Bereich sind Umwelt- und soziale Basisorganisationen auf dem Lande, die in den vergangenen 15 Jahren trotz knapper Mittel starke Akteure geworden sind.

3.5 Keine Zukunft ohne Wasser – oder: Das Lebenselixier nachhaltig nutzen

Wasser ist die Grundlage jeglichen Lebens auf unserem Planeten. Doch die Vorräte schwinden, Konflikte sind vorprogrammiert. Ohne Bewirtschaftung und Schutz der Wasserressourcen stehen wir schon bald auf dem Trockenen.

Wasser ist die Grundlage jeglichen Lebens auf unserem Planeten. Nahrungsmittel, Energie, menschliche Siedlungen, wirtschaftliche Entwicklung – ohne Wasser nicht denkbar. Wir wissen, dass lediglich ein Prozent der Erdoberfläche mit Süßwasser bedeckt ist, doch das hindert uns nicht daran, das kostbare Nass zu verschwenden und zu verschmutzen.

Die Armen leiden am meisten darunter. Über 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und etwa 2,3 Milliarden müssen ohne jede Toilette auskommen. In mehr als 30 Ländern herrscht bereits heute akute Wasserknappheit. Übernutzung von Oberflächen- und Grundwasser sowie zunehmende Wasserverschmutzung durch Haushalte, Industrie und Landwirtschaft verursachen Spannungen und Konflikte zwischen Nutzergruppen, auch über Ländergrenzen hinweg. Denn Wasser respektiert keine Grenzen.

Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung des Wassersektors

Bei unserer Arbeit lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- Bewirtschaftung und Schutz der Wasserressourcen ist Aufgabe des Staates, der dabei mit der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten sollte. Als geografische Einheit bieten sich dafür Wassereinzugsgebiete an, ein Ansatz, der sich in der Praxis bewährt hat. An grenzüber-

schreitenden Gewässern kommt der Prävention internationaler Konflikte besondere Bedeutung zu.

- Staat und Kommunen sind für eine funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung in Stadt und Land verantwortlich. Dezentrale Organisationsformen sind geeignet, um angepasste Lösungen zu realisieren. Dabei muss die Wasserver- und Abwasserentsorgung nicht notwendigerweise in staatlicher Hand liegen; sie kann von Dorfgemeinschaften, landwirtschaftlichen Nutzergruppen oder Privatfirmen organisiert werden. Staatliche und kommunale Versorger sowie Bewässerungseinrichtungen sollten reformiert werden, damit sie ihre Kunden betriebswirtschaftlich optimal und den lokalen Bedürfnissen entsprechend beliefern.



- Um dringend benötigte Investitionen in die Wasserwirtschaft zu lenken, bedarf es einer Reform der öffentlichen und kommunalen Finanzsysteme, der Schaffung entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen- für private Investitionen, kostendeckender Tarife sowie einer verstärkten internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die notwendige Reformen vorantreiben hilft.

- Wasser sparen und die Mehrfachnutzung von Wasser in Kreisläufen sollte Vorrang vor der Erschließung neuer Wasservorkommen erhalten, also „demand management“ anstatt „supply orientation“. Dies ist fast immer billiger, umweltfreundlicher und beugt Konflikten vor. Wenn neue Großprojekte wie beispielsweise Staudämme nötig sind, sollten die Betroffenen am Ort des Staudammbaus davon genauso profitieren wie die gesamte Nation.
- „Gläserne“ Wasserversorgungsunternehmen, also Transparenz in der Entscheidungsfindung, im Management und beim Betrieb von Trinkwasser- und Bewässerungsanlagen sowie Abwassereinrichtungen beugen der Korruption vor und motivieren die verschiedenen Akteure, sich in ihrem sozialen Umfeld für den Wassersektor zu engagieren.
- Die Wasserbewirtschaftung muss den Prinzipien des „integrierten Wasserressourcenmanagement“ verpflichtet sein und auf der Basis einer möglichst weit gehenden intersektoralen Abstimmung erfolgen. Vor allem die Wassernutzung in der Landwirtschaft muss unter dem Gesichtspunkt übergeordneter wasserwirtschaftlicher Entwicklungsziele erfolgen und ausdrücklich den Erfordernissen einer nachhaltigen Ressourcennutzung entsprechen.

Beispiel: Afrika

Wasser verbindet



Wer Wasser hat, hat Macht. Wasser kann innenpolitisch und zwischenstaatlich leicht zum Konfliktstoff werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die Bedeutung des Themas in der Entwicklungszusammenarbeit zu sehen. Denn hier spielt die Krisenvorbeugung und die Nutzung von regionalen Entwicklungschancen eine zunehmende Rolle. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat deshalb die GTZ in Afrika mit zwei Neuvorhaben im grenzüberschreitenden Flussgebietsmanagement beauftragt, die im Jahr 2002 beginnen werden. „Planung und Management der Wasserressourcen im Nilbecken“ und die „Förderung von Flussgebietskommissionen“ im südlichen Afrika sind politisch anspruchsvolle, langfristige Beratungsaufgaben.

Das Projekt im Nilbecken zielt auf effektive und unter den zehn Anrainerstaaten abgestimmte Richtlinien für integriertes Wasserressourcenmanagement. Beteiligt sind Ägypten, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Tansania, Sudan und Uganda. Die GTZ ist für den Aufbau der Projektorganisation und das Projektmanagement verantwortlich. Unter ihrer Federführung sollen „good practices“ sowohl für die Definition als auch für die Umsetzung von Richtlinien für integriertes Wasserressourcenmanagement identifiziert werden. Entscheidungsträger werden von der GTZ bei der Gestaltung nationaler Reformprogramme im Wassersektor unterstützt.

Beispiel: Tansania

Uchira – „der schönste Ort auf Erden nach Bethlehem“



Uchira ist ein Dorf mit 5.000 Einwohnern, das an den südlichen Ausläufern des Kilimandscharo liegt. Obwohl der Kilimandscharo mit Eis und Schnee bedeckt ist, hatte Uchira kein Wasser. Die einst wasserreichen Bäche sind ausgetrocknet. Zu viel Wald ist an den Hängen des Berges gerodet worden und zu viele Menschen leben dort und verbrauchen auch noch den letzten Tropfen Wasser, bevor er Uchira erreichen könnte. Die große Miwale Quelle liegt fünf Kilometer weiter südlich und die Frauen brauchen zwei Stunden um das Wasser von dort durch die heiße, staubige Ebene bis zum Dorf zu bringen. Wer es sich leisten kann, kauft es lieber eimerweise von den Wasserverkäufern. So ein Eimer fasst 20 Liter und kostet 100 tansanische Schilling (Tsh), umgerechnet 0,25 Euro. Das ist viel Geld, wenn man nur 50.000 Tsh im Monat verdient.

Den guten Beziehungen des Bischofs der Lutheranischen Kirche von Nord-Tansania ist es zu danken, dass die Bundesrepublik Deutschland Geld für eine neue Wasserversorgung bereitstellte und die GTZ beauftragte, das Projekt durchzuführen. Nur zwei Jahre hat es gedauert, bis eine neue Wasserleitung gebaut war, die 23 Zapfstellen und 93 Hausanschlüsse mit sauberem Trinkwasser versorgt. Zusammen mit einer lokalen Baufirma hat das Dorf die Leitung errichtet und sechs Monate lang jeden Tag 200 Leute abge-

stellt, die den Leitungsraben ausgeschachtet haben. Uchira konnte das Wasserrecht an einer Quelle erwerben, weil es den Anrainern zusicherte, sie an die Versorgungsleitung anzuschließen.

Die Dorfbewohner gründeten die „Water User Association“ auf demokratische Weise und ließen sie auch gesetzlich registrieren. Die Distriktverwaltung hat ihr das Recht übertragen, die Wasserversorgung zu betreiben, Wassertarife festzusetzen und die Einnahmen aus dem Verkauf des Wassers gemeinnützig zu verwalten. 20 Liter sauberes Trinkwasser kosten jetzt fünf tansanische Schilling an Zapfstellen und zehn an Hausanschlüssen. Der Präsident persönlich hat die Wasserversorgung eingeweiht. Uchira ist von einem wasserarmen zu einem wasserreichen Dorf geworden, „der schönste Ort auf Erden nach Bethlehem“, wie ein begeisterter alter Mann dem Präsidenten bei der Einweihung zurief.

Beispiel: Überregional

Mit „ecosan“ wird Abwasser zum Rohstoff



Im Mai 2001 hat die GTZ, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das überregionale Forschungs- und Entwicklungsprojekt „ecosan“ gestartet. Damit soll in unseren Partnerländern neuen Abwasserkonzepten zum Durchbruch verholfen werden. Sie beruhen auf der Idee der Kreislaufwirtschaft.

Herkömmliche Formen der Abwasserentsorgung sind aus ökologischen und ökonomischen Gründen einer wachsenden Kritik ausgesetzt. Nicht nur steigende Investitionskosten sowie hohe Betriebs- und Wartungskosten stellen die Verfahren infrage, sondern auch die Tatsache, dass sie Trinkwasser dazu missbrauchen, Schmutzfrachten in den Wasserkreislauf einzutragen, wo sie zu Umweltschäden und hygienischen Risiken führen. Auch dezentrale Entsorgungssysteme wie beispielsweise Latrinen und Sickergruben sind bei hoher Bevölkerungsdichte keine Alternative, denn sie tragen zur Grundwasserverschmutzung bei.

Alternativen dagegen bieten die Konzepte der „ecological sanitation“, kurz „ecosan“. Auf diesem Ansatz beruhende Systeme ermöglichen Kreislaufwirtschaftssysteme, wie sie im Bereich der festen Abfälle bereits verbreitet sind. Sie favorisieren nicht eine bestimmte

Technologie, sondern repräsentieren vielmehr eine neue Philosophie im Umgang mit den Stoffen, die wir in der Vergangenheit lediglich als zu beseitigende Abwässer und Schmutzstoffe betrachtet haben. Die Kreislaufwirtschaft im Abwasserbereich dient der Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts zwischen der von einem Menschen pro Jahr ausgeschiedenen und der zur Erzeugung seiner Nahrung notwendigen Nährstoffmenge. Im Idealfall ermöglichen „ecosan“-Systeme eine nahezu vollständige Rückgewinnung aller in häuslichen Abwässern enthaltenen Nährstoffe und deren Nutzung in der Landwirtschaft. Damit tragen sie zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zur langfristigen Ernährungssicherung bei.

Technologisch sehr unterschiedliche Ansätze – von einfachsten Low-Tech bis zu anspruchsvollen High-Tech Systemen – können zum Tragen kommen. Die Spannweite reicht derzeit von Kompost- oder Trocknungstoiletten über Wasser sparende Vakuumkanalisation mit getrennter Sammlung und anschließender Behandlung von Urin, Fäkalien und Grauwasser, bis hin zum Einsatz von Membrantechnologien. Auch innovative Logistikkonzepte für den Rücktransport der Nährstoffe in die landwirtschaftlichen Gebiete, Marketingstrategien für die rückgewonnenen Nährstoffe und Anleitungen für deren sichere Ausbringung und Anwendung in der Landwirtschaft haben eine wesentliche Bedeutung.

3.6 Energie und Verkehr – Lebensnerven für eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung

Wenn wir nicht in Abgasen ersticken und unser Leben in einem überhitzten Treibhaus fristen wollen, müssen wir schnell handeln. Umweltschonende Energieerzeugung und umweltfreundliche Fahrzeuge sind ebenso das Gebot der Stunde wie die Eindämmung des Individualverkehrs.

Energie

Der Energiebedarf in den Entwicklungsländern wird sich in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich verdoppeln. Doch schon heute bestehen erhebliche Versorgungsprobleme. Aus Sicht der Energieversorgung gilt: Kostengünstig förderbare fossile Energieträger werden – mit Ausnahme der Kohle – in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. Aus Sicht des Klimaschutzes gilt: Die Emission von Treibhausgasen in die Erdatmosphäre muss vermindert werden. Aus entwicklungspolitischer Sicht gilt: Fürs tägliche Leben brauchen die Menschen Energie, die sie bezahlen können. Deshalb stehen für unsere Arbeit die folgenden Ziele im Vordergrund:

- Deckung des Energiegrundbedarfs zur Verbesserung der Lebensbedingungen
- Förderung der Energieeffizienz im Bereich der Erzeugung, Verteilung und der Nutzung von Energie
- Abbau der Abhängigkeit von importierten Energieträgern
- Unterstützung bei der Umsetzung der Klimarahmenkonvention

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen müssen so ausgerichtet werden, dass sie effiziente Energienutzung, den Einsatz umweltschonender Energieerzeugungstechnologien und die Verbesserung der

ländlichen Energieversorgung begünstigen und nicht verhindern. Von größter Bedeutung sind dabei marktkonforme Regulierungsmechanismen wie beispielsweise eine entsprechende Preispolitik oder wirtschaftliche Anreize, die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für erneuerbare Energieträger und die Verbesserung des Investitionsklimas für die Privatwirtschaft.

Das Energieeinsparpotenzial beträgt in Entwicklungsländern rund 30 bis 45 Prozent. Um dieses Potenzial sowohl auf der Erzeugungsseite als auch auf der Verbrauchsseite zu erschließen, müssen durch eine entsprechende Tarifstruktur die nötigen Anreize geschaffen werden. In technischer Hinsicht sind immer solche Maßnahmen zu bevorzugen, die unter den lokalen Bedingungen wirtschaftlich tragfähig sind. Ein Ansatzpunkt unserer Arbeit ist daher neben der Beratung der Privatwirtschaft auch die Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Sachen Energiesparen.

Die Nutzung von erneuerbaren Energien ist in vielen Fällen schon heute wirtschaftlich. Beispiele sind die Erzeugung von Windenergie oder die Versorgung ländlicher Haushalte mit Solarstrom. Die GTZ trägt aktiv dazu bei, solche Potenziale zu identifizieren und Hemmnisse für deren Erschließung zu beseitigen. Mit unseren Beiträgen zu einer sozialverträglichen, umweltfreundlichen und sicheren Energieversorgung unterstützen wir die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung. Denn die Verfügbarkeit von Energie hat große Bedeutung, auch in sozialer Hinsicht. Im ländlichen Raum beispielsweise ist das Vorhandensein von Energie Voraussetzung für die Entstehung von Handwerk und Kleingewerbe und somit wichtig zur Armutsbekämpfung. Wenn die Zerstörung der Wälder gestoppt wird, weil statt der Bäume andere Energiequellen zur Verfügung stehen, ist dies ein Beitrag zum Erhalt der Ökosysteme. In vielen Entwicklungsländern können durch eine Erhöhung der Energieeffizienz unnötige staatliche und private Ausgaben vermieden werden. Und außerdem kommt diese Art der „Wirt-

schaftsförderung“ der Umwelt zugute, denn Ressourcenverbrauch und Emissionen werden gemindert.

Transport und Verkehr

Transport und Verkehr sind wesentliche Bestandteile des täglichen Lebens. Die Schüler müssen zur Schule fahren, die Arbeitnehmer zur Arbeit, Kranke zum Arzt oder in ein Krankenhaus und meist ist auch der Besuch von Verwandten mit Fahren verbunden. Von der Heranschaffung der Güter des täglichen Lebens beispielsweise in einer Großstadt ganz zu schweigen.

In vielen Ländern des Südens findet derzeit eine regelrechte „Transportexplosion“ statt. Der Kraftstoffverbrauch steigt dort durchschnittlich um sechs Prozent pro Jahr, das ist etwa sechs Mal so viel wie im Norden. Der Anteil des Transports am globalen CO₂-Ausstoß liegt heute bereits bei rund 25 Prozent, Tendenz steigend. Die beinahe ungebremste Entwicklung der transportbedingten CO₂-Emissionen erschwert die Erreichung der Reduktionsziele, die im „Kyoto-Protokoll“ zum Schutz des Weltklimas festgeschrieben sind.



Angesichts dieser Situation ist eine Trendwende im Transportsektor dringend notwendig. Für uns und unsere Arbeit bedeutet dies, dass wir Vorhaben unterstützen, die auf diese Trendwende hinarbeiten.

Die Voraussetzungen für eine solche Trendwende sind:

- Der Ausbau des Transport- und Verkehrswesens muss eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglichen;
- Abbau von Subventionen, insbesondere Treibstoffsubventionen, im Transportsektor, Überführung der Verkehrsunternehmen (Bus- und Eisenbahnunternehmen, Lkw-Betriebe, Flug- und Schifffahrtslinien, Häfen usw.) in privatwirtschaftliche und kommerzielle Unternehmen sowie Einführung einer angemessenen Besteuerung des Transportsektors;
- Einführung von Standards zur Luftreinhaltung in Städten, die ein Umdenken in der Wahl der Verkehrsmittel – also öffentlicher Personennahverkehr statt Pkw – und in der Art der Motorisierung einfordern. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um das Verbot von Zweitaktern und die Einführung von gasbetriebenen Fahrzeugen.

Wir unterstützen unsere Partnerländer dabei, die Verkehrspolitik so auszurichten, dass der Übergang zu einem nachhaltigen Transportwesen möglich ist, ohne bei den ökonomischen und sozialen Entwicklungschancen Abstriche machen zu müssen. Diese Entwicklung lässt sich steuern: durch die marktkonforme Beeinflussung der Transportnachfrage – beispielsweise über die Siedlungspolitik oder den öffentlichen Personennahverkehr –, durch einen fairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern und durch Anreize für eine umweltgerechte Entwicklung von Technologien und Wirtschaftsstrukturen.

Beispiel: Volksrepublik China

Von der Dreckschleuder zum umweltfreundlichen Energielieferanten



Mit dem richtigen Know-how und verbesserter Technik lassen sich in chinesischen Kohlekraftwerken Millionen einsparen. Und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht, wie sich in den vergangenen 13 Jahren gezeigt hat.

Das wichtigste Gerät bei dieser Sparaktion war ein Messwagen, mit dem sich die thermischen Wirkungsgrade der Kessel in den Kraftwerken genau bestimmen lassen. Er wurde seit 1989 in über 30 großen Kraftwerken eingesetzt. Die Messungen führten chinesische Fachkräfte durch, die zuvor von deutschen Experten ausgebildet worden waren. Begleitend zu den Messungen erhielten die Fachleute in den Kraftwerken auch technische Beratung, vorwiegend zur Einstellung und zum Betrieb der Kessel. So konnten bislang 2,7 Millionen Tonnen Kohle eingespart werden. Das sparte über die Zeit insgesamt 80 Millionen US-Dollar nur für Brennstoffe. Und auch fünf Millionen Tonnen weniger CO₂ wurden in die Luft geblasen – ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Kosten für dieses chinesisch-deutsche Vorhaben betragen dagegen „lediglich“ 4,5 Millionen US-Dollar

Die Effizienzsteigerung und die Treibhausgas-Minderung waren nicht die einzigen Erfolge. Aus den Schornsteinen der 30 Kohlekraftwerke kommt jetzt auch weniger Schwefeldioxid und Ruß. Die Luft in der Umgebung ist inzwischen sauberer, die Gesundheitsschäden der in der Umgebung wohnenden Menschen sind geringer.

Erfolge, die die Verbesserung weiterer 400 Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 72.000 Megawatt rechtfertigen. Dieses Vorhaben, das ebenfalls mit deutscher Unterstützung realisiert wird, wird mindestens fünf Jahre dauern. Dabei werden 14 neue Messwagen eingesetzt werden, mit deren Hilfe jährlich 3,6 Millionen Tonnen CO₂ auf günstigste Weise eingespart werden können. Die chinesischen Fachkräfte werden in Messtechnik und neuen Methoden der Energieeinsparung geschult – die Zusammenarbeit zwischen chinesischer Kraftwerkswirtschaft, Forschung und deutschen Unternehmen spielt hier eine wichtige Rolle.

Fazit: Das Vorhaben zeigt für den chinesischen Stromsektor einen Weg für eine nachhaltige Entwicklung auf.

Beispiel: Costa Rica

Intakte Straßen sind ein Stück Lebensqualität



Desolate Straßen in ländlichen Regionen sind ein echtes Entwicklungshemmnis. In Costa Rica packten inzwischen Bevölkerung und Regierung das Problem gemeinsam an, beraten werden sie dabei durch die GTZ. Doch erst die richtige Organisation, die richtige Technik, eine geschickte Finanzierung und das Engagement der Bevölkerung haben den Erfolg möglich gemacht.

Die Kommunalverwaltung plant die Arbeiten zusammen mit den Anwohnern in gemeinsamen Planungsversammlungen, auf lokaler Ebene konstituieren sich Straßenkomitees, die Ansprechpartner für die Verwaltungen sind. Die vereinbarten Leistungen aller Beteiligten werden in Verträgen übersichtlich festgehalten. Wo es keine Anwohnerbeteiligung gibt, wird auch keine Straße repariert. Das schafft Besitzerstolz bei den Anwohnern und erhöht den Druck auf die Verwaltung.

Die erfolgreiche Mobilisierung der Anwohner war nur durch die gezielte Einbindung der Frauen möglich. Ihr Anteil in den Straßenkomitees ist in der Projektlaufzeit von fünf auf 30 Prozent gestiegen. Es ist hauptsächlich dem weiblichen Engagement zu verdanken, dass die lokale Straßenunterhaltung so gut funktioniert. Eine der Frauen formulierte das so: „Wir bringen unsere Männer schon zum Arbeiten.“

Gesagt, getan. Die Anwohner verpflichten sich in der Regel zur Bereitstellung von Arbeitskraft, das Verkehrs- und Bauministerium und die Kommunen stellen Maschinen, Geld und Material bereit. Die staatlichen Zuschüsse an die Kommunen für diese Aufgabe wurden mithilfe des Projektes auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Örtliche Unternehmer, die die Straßen benutzen wie zum Beispiel Kaffee- und Zuckerrohranbauer, zahlen eine Art Straßenmaut. Diese fließt in einen lokalen Sonderfonds, sodass die Kommunen einen Teil ihrer Ausgaben wieder einnehmen.

Das Projekt hat sich in mehrfacher Hinsicht positiv ausgewirkt: Auf den 1.050 Straßenkilometern, die so wieder hergestellt wurden, werden jährlich 6,2 Millionen US-Dollar an Fahrzeugbetriebskosten eingespart. Würde dieses Konzept auf das ganze Land ausgedehnt, könnten jährlich rund 238 Millionen US-Dollar eingespart werden. Kein Wunder also, dass das Modell inzwischen zur nationalen Zielvorgabe geworden ist und auch in Nachbarländern kopiert wird. Mit dem funktionierenden Wegesystem lohnt sich nun auch der Kaffeeanbau: Während der letzten sieben Jahre ist die Anbaufläche für Kaffee in einer der Projektregionen jährlich um 7,5 Prozent gewachsen.

Haushaltsbefragungen und die Befragung von Nutzern haben außerdem ergeben, dass die Zahl der Tage, an denen die Wege unbefahrbar sind von 30 im Jahr 1994 auf fünf in 2001 gefallen ist. Im gleichen Zeitraum haben sich die Transportzeiten um etwa 45 Prozent vermindert. Mehr Buslinien wurden eingerichtet, der Zugang zu Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen hat sich wesentlich verbessert, kann man doch inzwischen von jedem Punkt der Projektregion morgens in die nächste Kleinstadt fahren und nachmittags wieder zurück.

3.7 Globale Umweltpolitik – Wir müssen sie gemeinsam weiterentwickeln

Die globale Umweltpolitik tritt in eine neue Phase. Nachdem sie nun mithilfe verschiedener Abkommen international verbindlich verankert ist, geht es jetzt an die praktische Umsetzung.

Die VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, beschleunigte die Verabschiedung internationaler Umweltabkommen. Sie war ein entscheidender Motor für die Institutionalisierung einzelner Aspekte des globalen Umweltschutzes. Die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention wurden noch in Rio gezeichnet; als Nächstes folgten dann die Konventionen zu Desertifikation und Chemikalienmanagement. Gleichzeitig brachte der „Erdgipfel“ bestehende Abkommen weiter voran, wie beispielsweise das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht.

Bei aller angebrachten Skepsis darüber, ob die bisherigen Ergebnisse der internationalen Verhandlungsprozesse ausreichen werden um die lösungsweise Abschwächung der globalen Umweltprobleme zu erreichen – es gibt derzeit keine Alternative zu diesen Verhandlungen. Auch wenn die Konventionen den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen, auf den sich die Staatengemeinschaft einigen konnte, sind sie doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Damit gibt es erstmals völkerrechtlich verbindliche Instrumente in Fragen des globalen Umweltschutzes. Diese Konventionen sind Teil einer allmählich entstehenden globalen Strukturpolitik.

Mit ihrer Unterschrift sind die Unterzeichnerstaaten die Verpflichtung eingegangen, die internationalen Konventionen in nationales Recht umzusetzen und in der Praxis zu verwirklichen. Eine komplexe Aufgabe, nicht nur für Entwicklungsländer. Die Industrieländer haben neben ihrer eigenen Umsetzungsverantwortung,

beispielsweise im Klimaschutz, auch die Aufgabe übernommen, die Entwicklungsländer bei der Umsetzung aller internationalen Umweltabkommen zu unterstützen.

Was bedeutet dies für die internationale Zusammenarbeit?

Es ist offensichtlich, dass „klassische“ Projekte, deren Ziel nachhaltiges Ressourcenmanagement direkt vor Ort ist, nur bescheidene Beiträge leisten können. Sie sind zwar unverzichtbar, wenn es um praktische Lösungen geht, aber man erreicht damit keine Veränderung der Rahmenbedingungen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Deshalb muss zusätzlich eine Abstimmung zwischen verschiedenen Politikbereichen stattfinden. Die internationale Zusammenarbeit kann dies unterstützen, indem sie stärker in Richtung Politik- und Prozessberatung geht. Ein Ansatz, den wir in unserem Unternehmen bereits seit einigen Jahren verfolgen.

Neue Projekte für neue Aufgaben

Wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen:

- Projekte und Programme in einzelnen Ländern: Wir beraten Regierungen und andere Akteure bei der Umsetzung der Konventionen, begleiten nationale Prozesse wie zum Beispiel die Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung oder Klimaschutzprogramme, wir bieten aber auch „klassische“ Technische Zusammenarbeit an.
- Konventionsprojekte: Sie sind überregional ausgerichtet und leisten folgende Beiträge auf nationaler und internationaler Ebene:
 - Sie unterstützen Partnerländer beispielsweise bei der Erarbeitung von nationalen und regionalen Aktionsprogrammen und bei der internationalen Berichterstattung.

- Sie fördern ein Mainstreaming der Konventionen, also ihre Verknüpfung mit anderen Themen wie Armutsbekämpfung, Handel oder Dezentralisierung.
- Sie verknüpfen die Konventionen mit laufenden Projekten vor Ort und führen in Kooperation mit ihnen Pilotmaßnahmen durch.
- Sie beraten die mit der Konventionsumsetzung betrauten deutschen Ministerien.
- Sie leisten eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland und fördern den Erfahrungsaustausch über Netzwerke und andere Strukturen.
- Sie arbeiten konzeptionell an der Weiterentwicklung der Konventionen und an der Nutzung von Synergien zwischen den einzelnen Abkommen.
- Sie kooperieren mit den VN-Sekretariaten der jeweiligen Konventionen, anderen internationalen und nationalen Institutionen, mit wissenschaftlichen Einrichtungen und mit Nichtregierungsorganisationen.

Unsere Arbeit trägt sowohl durch die Konventionsprojekte als auch durch „klassische“ bilaterale Projekte zur Umsetzung der einzelnen Umweltkonventionen bei, wie zahlreiche Beispiele zeigen.

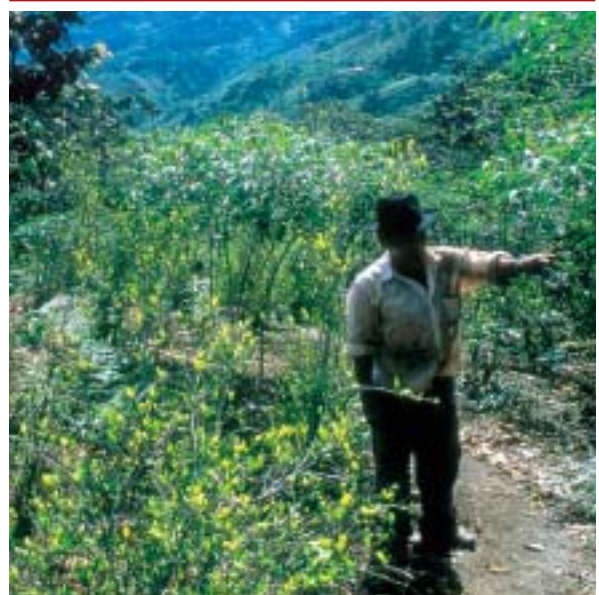
Globale Umweltpolitik tritt in neue Phase

Die globale Umweltpolitik tritt nun in eine neue Phase. Nachdem sie nun als verbindliche Vorgabe international verankert ist, geht es jetzt an die praktische Umsetzung.

Die vielen parallel bestehenden multilateralen Umweltabkommen mit ihren jeweils eigenen Verhandlungsprozessen und nationalen Umsetzungsplänen überlasten die meisten Entwicklungsländer. Daher liegen verschiedene Vorschläge zur Neuorganisation der „International Environmental Governance“, also der internationalen Umweltpolitik auf dem Tisch.

Das System muss gestärkt werden, daran besteht kein Zweifel. Allerdings sollten bestimmte Vorteile der gegenwärtigen Struktur bewahrt bleiben. So ermöglicht beispielsweise der dezentrale Aufbau ein großes

Maß an Flexibilität und fördert institutionelle Innovation. Ein erster großer Schritt in Richtung auf ein neues System ist eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Abkommen und ihre Verknüpfung untereinander, wo immer sich diese anbietet; die Berichtspflicht wäre eine solche Möglichkeit. Eine Stärkung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen – zum Beispiel durch die Einführung von Pflichtbeiträgen – ist angesichts der wachsenden Umweltprobleme ein absolutes Muss, wenn wir es mit dem globalen Umweltschutz ernst meinen. All diese Vorschläge liegen im Bereich des Möglichen.



Der weitreichendste Vorschlag zur Neuorganisation hingegen, die Einrichtung einer Weltumweltorganisation, ist bei näherem Hinsehen weder klar noch realistisch. Kurzfristig ist kaum zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die bisherigen Schwächen und Unzulänglichkeiten behebt. Es erscheint statt dessen sinnvoller, zunächst auf internationaler Ebene die Politikkohärenz zu stärken. Auf nationaler Ebene ist Politikkohärenz Sache des Kabinetts, in den Vereinten Nationen bedarf es hierzu eines durchsetzungskräftigen, sektorübergreifenden Koordinationsorgans.

Beispiel: Überregional

Mit PROKLIMA für den Schutz der Ozonschicht

Ozon ist lebenswichtig. Es absorbiert unter anderem die von der Sonne ausgehende ultraviolette Strahlung, die in zu hoher Konzentration für Mensch und Vegetation schädlich ist. Doch die schützende Ozonschicht nimmt vor allem an den Polen immer mehr ab. Eine Folge vor allem der erhöhten Belastung durch Ozon schädigende Gase wie Fluorkohlenwasserstoff (FCKW). Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die GTZ mit dem Programm PROKLIMA seit 1995 die Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Montrealer Protokolls, dessen Ziel der Schutz der Ozonschicht ist.

Derzeit betreut PROKLIMA insgesamt 64 Projekte in 35 Ländern. Dabei geht es unter anderem um die Produktionsumstellung bei Kühlgeräteherstellern auf ozonfreundliche und klimaneutrale Verfahren oder um den Ersatz von Methylbromid durch ökologisch sinnvollen Pflanzenschutz in der Landwirtschaft. Die Privatwirtschaft wird konsequent miteinbezogen, etwa bei Forschung und Entwicklung, bei der Beratung von Firmen in Entwicklungsländern, bei der Lieferung von Anlagen sowie bei der Ausbildung von Technikern und Handwerkern. In Zusammenarbeit mit deutschen und anderen europäischen Unternehmen stellen Kühlgerätehersteller in China, Indien, Iran und Algerien von FCKW-haltigen Gasen auf Naturgase als Kühlmittel in ihren Geräten um. Weitere Umstellungsvorhaben sind unter anderem in Süd- und Mittelamerika sowie in Afrika in Planung. Parallel dazu wirkt die GTZ gezielt auf die Umweltpolitik ihrer Partnerländer ein. In 15 afrikanischen und in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern berät PROKLIMA Umweltministerien und lokale Industrie. Über Technologiekooperationen werden qualifizierte europäische Unternehmen miteingebunden.

Beispiel: Thailand

Privatunternehmen und GTZ machen PCBs unschädlich

Im Rahmen eines Public Private Partnership-Projektes wird Asea Brown Boveri (ABB) in Thailand eine Pilotanlage im Wert von zwei Millionen Euro zur Entsorgung von PCB-haltigen Transformatoren aufbauen. Diese Anlage wird nach denselben Umwelt- und Sicherheitsstandards arbeiten wie eine bereits bestehende in Dortmund. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die GTZ dieses PPP-Projekt mit Maßnahmen zur Konzeptanpassung und Ausbildung vor Ort in Höhe von 185.000 Euro. Das GTZ Pilotvorhaben Chemikaliensicherheit hat die Partner zusammengebracht und wirkte bei der Entwicklung dieses PPP-Ansatzes mit. Wenn sich das Projekt in Thailand wie geplant umsetzen lässt, ist ABB durchaus daran interessiert, entsprechende Anlagen auch in anderen Entwicklungsländern aufzubauen.

Polychlorierte Biphenyle (PCBs) gehören zu den stärksten bekannten Giften, sie greifen das Immunsystem an und sind hochgradig Krebs erregend. Bis in die 80er-Jahre wurden PCBs als Isolierflüssigkeit in elektrischen Anlagen verwendet. Die Gesamtweltproduktion wird auf rund 1,5 Millionen Tonnen geschätzt. In den Industrieländern ist PCB bereits seit langem verboten, doch in den Entwicklungsländern gibt es noch eine große Anzahl alter Transformatoren, die PCB enthalten.

2001 wurde in Stockholm eine Konvention unterzeichnet, die die gefährlichsten langlebigen Chemikalien weltweit ächtet. Das Projekt in Thailand ist ein Beitrag zur Umsetzung der Stockholm-Konvention.

3.8 Nachhaltige Stadtentwicklung auf den Weg bringen – oder: Die Mehrheit der Menschen wird in Städten leben

Städte dürfen nicht auf ihre Funktion als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung reduziert werden. Sie müssen auch lebenswert sein. Um Stadtentwicklung nachhaltig zu gestalten, müssen die Bewohner mit in die Planung einbezogen werden.

In den kommenden Jahren wird die Anzahl der Stadtbewohner in den Entwicklungsländern fünf bis sechs Mal schneller wachsen als in den Industrieländern. Bis zum Jahr 2025 werden mehr als 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben und von diesen wiederum 90 Prozent in Entwicklungsländern. Viele Städte in Afrika und Asien werden ihre Einwohnerzahlen in den nächsten 15 Jahren verdoppeln. Ein Großteil der städtischen Bevölkerung besteht aus Kindern und Jugendlichen; in Afrika ist beispielsweise über die Hälfte der Stadtbevölkerung jünger als 20.

In der Vergangenheit hat die Entwicklungszusammenarbeit hauptsächlich versucht, die Lebensbedingungen der Menschen in den ländlichen Gebieten zu verbessern um die Landflucht zu vermindern. Neuere Erkenntnisse weisen jedoch darauf hin, dass Urbanisierung und die Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten in die Städte die Armut mindern helfen. Denn Städte gelten als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung.

Lokale Zukunftsgestaltung

Städte und Gemeinden müssen lebenswert gestaltet werden, damit die Folgen der Verstädterung nicht zu einer unbezahlbaren Hypothek für zukünftige Generationen werden. Unsere Arbeit in etwa 100 Stadtentwicklungsprojekten ist darauf ausgerichtet, ökonomische, ökologische und soziale Strategien zur loka-

len Zukunftsgestaltung zusammenzuführen. Dabei ist die Beteiligung der Kommunen und der in ihnen lebenden Menschen ein entscheidender Faktor. Unter anderem geht es darum, dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam eine „Lokale Agenda 21“ erarbeiten und umsetzen. Die Stärkung der kommunalen Verwaltung, die Wohnungspolitik, das Land- und Umweltmanagement, die Slumsanierung, die Verkehrspolitik, die Verbesserung städtischer Infrastrukturdienstleistungen wie Wasserversorgung, Straßen oder Schulen und die lokale Wirtschaftsförderung sind weitere Eckpfeiler unserer Beiträge zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Früher standen technische Maßnahmen im Mittelpunkt, heute konzentrieren wir uns auf die Politik-, Organisations- und Managementberatung. Ein Schwerpunkt der Politikberatung ist die Kompetenz- und Ressourcenverteilung zwischen Staat und Kommunen. Ziel der Organisations- und Managementberatung ist die Stärkung der kommunalen Leistungsfähigkeit. Wichtige Beratungsinhalte sind die aktive Bürgerbeteiligung bei der kommunalen Entwicklungsplanung und die effiziente Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Wir fördern außerdem den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und Zusammenschlüsse verschiedener Gemeinden zu Interessen- oder Zweckverbänden. Auf nationaler Ebene steht die Gestaltung von Dezentralisierungsprozessen im Mittelpunkt unserer Beratungstätigkeit. Eine solche Dezentralisierung gibt den Kommunen mehr und größere Handlungsspielräume.

Beispiel: Indonesien

Surabaya: Kampf dem Verkehrschaos



In vielen asiatischen Megastädten müssen die Menschen bis zu einem Drittel ihres Haushaltseinkommens fürs Fahren ausgeben. Umfragen haben ergeben, dass die Verbesserung des städtischen Verkehrs in der Prioritätenskala der Bürger in der Regel ganz oben liegt.

Seit vielen Jahren bereits realisiert die GTZ Stadtverkehrsprojekte: in Ankara, Jakarta, Bangkok, Mexico City, Santiago de Chile, Buenos Aires und Surabaya. Der integrierte Ansatz umfasst alle durch die Stadt beeinflussbaren Faktoren wie zum Beispiel verkehrspolitische Leitlinien, Förderung des öffentlichen und des nicht-motorisierten Verkehrs, so genannte Transport Demand Management-Maßnahmen, also Maßnahmen, mit deren Hilfe der Transportbedarf gesteuert werden kann, oder die Förderung von Informationskampagnen für die Bevölkerung um nur einige zu nennen.

Das Projekt „Städtischer Transport Surabaya, Indonesien“ hat beispielhaft preiswerte Maßnahmen erarbeitet, von denen alle etwas haben. Sie tragen zu Verbesserungen im städtischen Verkehr bei und vermindern gleichzeitig die Abgasbelastung. Es ist gelungen, in der Stadt ein Umdenken einzuleiten. Die Themen öffentlicher Verkehr sowie Fahrrad- und

Fußgängerverkehr sind nicht länger Stiefkinder der Stadtverwaltung. Inzwischen wurde eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die zur Verbesserung der Verkehrssituation in Surabaya beitragen. So wurden beispielsweise einige der Vorschläge des Projekts in Sachen Verkehrsplanung – insbesondere die zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des nicht-motorisierten Verkehrs – in den Fünf-Jahres-Entwicklungsplan aufgenommen; die Busfahrer müssen einen speziellen Führerschein machen, Minibusse sollen auf Erdgasantrieb umgestellt werden, ein Buskorridorprojekt wurde verabschiedet und eine wirksame Informationskampagne für die Bevölkerung ins Leben gerufen. Als Ergebnis dieser Kampagne gab es im Jahr 2001 drei autofreie Tage in Surabaya.

Beispiel: Ägypten

Bürgermitsprache bei Stadtentwicklung

Der Siedlungsraum in Ägypten ist auf die Nilufer und das Delta beschränkt. Die Hälfte der 66,5 Millionen Bewohner des Landes lebt in Städten, davon allein zwölf Millionen in Groß-Kairo. Aufgrund des Bevölkerungswachstums wächst auch der Siedlungsdruck beträchtlich. Schätzungsweise die Hälfte der städtischen Bevölkerung lebt in so genannten informellen Wohngebieten und Slums. Dort fehlt es unter anderem an der Wasserversorgung, an der Abwasser- und Müllentsorgung und an sozialen Dienstleistungen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, besonders unter den Jugendlichen.

1998 wurde in Ägypten ein nationales Stadtentwicklungsprogramm ins Leben gerufen, das insbesondere auch auf die Einbeziehung der Bevölkerung setzt. Es umfasst zwei Stadtteilprojekte im Großraum Kairo sowie ein lokales Umweltprojekt für Abfallmanagement in Assuan. Gleichzeitig wurde eine nationale Beratungsgruppe im Planungsministerium eingerichtet, die sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene arbeitet. So können die Erfahrungen und Erkenntnisse sofort und unmittelbar bei der Entwicklung der politischen Konzepte und bei der Arbeit vor Ort umgesetzt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass beteiligungsorientierte Planung und Stadtentwicklung im Vergleich zu der traditionellen Planung eine Reihe von Vorteilen mit sich bringt. Sie führt zu mehr wirtschaftlicher und administrativer Effizienz, zu größerer sozialer Akzeptanz und zu mehr Kreativität in der Planung und im Management.

3.9

Ländliche Entwicklung – oder: Den ländlichen Raum als zukunfts- fähigen Lebens- und Wirtschaftsraum gestalten

Ohne den ländlichen Raum und seine Leistungen sind die Städte nicht überlebensfähig. Doch das können die ländlichen Räume auf Dauer nur leisten, wenn die Menschen dort an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben anstatt davon ausgeschlossen zu werden.

Die Entwicklung des ländlichen Raumes ist für die globale nachhaltige Entwicklung unverzichtbar. Vier Fünftel aller Armen der Welt leben auf dem Lande, Tendenz steigend. Ohne die Leistungen des ländlichen Raumes wie Wasserbereitstellung, Erhaltung der Artenvielfalt, Luftreinhaltung, Nahrungsmittelversorgung oder sozialer Puffer sind die städtischen Zentren nicht überlebensfähig. Daher gilt es, die ländlichen Räume in ihren Funktionen nicht nur zu stärken, sondern die dort lebenden Menschen dafür auch angemessen zu honorieren. Das bedeutet, sie in die wirtschaftliche Entwicklung einzubeziehen, anstatt sie ihrem Schicksal zu überlassen.

Obwohl auf der Erde insgesamt genügend Nahrungsmittel produziert werden, leiden weltweit noch immer rund 800 Millionen Menschen unter Hunger und Mangelernährung; es sind hauptsächlich Säuglinge und Kinder sowie schwangere und stillende Frauen. Die Weltbevölkerung wächst laufend weiter, die weltweite Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion dagegen stagniert und ist insbesondere in Afrika rückläufig. Unter dieser Entwicklung leidet vor allem die Bevölkerung der ländlichen Räume, denn hier ist Unter- und Mangelernährung auch heute schon weiter verbreitet als in den Städten.

Die vorhandenen natürlichen Ressourcen werden in den ländlichen Räumen vielfach nicht gerade nachhaltig genutzt. Uns allen sind die Konsequenzen bekannt: Erosion und Verseuchung der Böden, Erschöp-

fung und Verschmutzung der Wasservorräte, Verlust der biologischen Vielfalt gerade auch in der Landwirtschaft, Entwaldung und schwindende Fischvorräte um nur einige zu nennen. Besonders Frauen, Landlose und marginalisierte soziale Bevölkerungsgruppen leiden sehr stark unter der Umweltzerstörung, zu der die Armut der davon direkt betroffenen Menschen ein gerüttelt Maß beiträgt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen ist das Ziel unserer Arbeit.

Die Beratungsansätze der GTZ

Sichere Nahrung für alle

Wir wollen dazu beitragen, dass alle Teile der Bevölkerung Zugang zu Nahrungsmitteln in ausreichender Qualität und Quantität haben. Dazu brauchen die Menschen Zugang zu den entsprechenden Märkten und ausreichend Kaufkraft. Im Mittelpunkt unserer Beratung steht deshalb:

- die Ausweitung von Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum,
- die Gestaltung einer entsprechenden Ernährungssicherungspolitik,
- die Unterstützung der notwendigen Forschung zur umweltverträglichen Steigerung der Nahrungproduktion,
- die Sicherung der notwendigen Ressourcen: pflanzen- und tiergenetische Ressourcen, Zugang zu Saatgut.

Agrar- und Ernährungswirtschaft entwickeln

Mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung gewinnt auch der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Bereich an Bedeutung. Bestimmte Dienstleistungen oder die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden für die private Agrar- und Ernährungswirtschaft zunehmend interessant. Allerdings gilt es, Entwicklungen zu vermeiden, die zulasten der Erzeuger und der Umwelt gehen. Daher zielt unsere Beratung auf:

- die Entwicklung der unternehmerischen Fähigkeiten von klein- und mittelständischen Betrieben der Agrar- und Ernährungswirtschaft,
- die Gestaltung der nationalen und internationalen agrar- und handelspolitischen Rahmenbedingungen,
- die Unterstützung von Reformen im Agrarsektor,
- die Reform staatlicher und privater Dienstleistungen,
- die Entwicklung und Umsetzung von Qualitätsstandards im Agrarhandel,
- die bessere Ausnutzung des in der Bewässerungslandwirtschaft eingesetzten Wassers.

Regionalisierung fördern

Regionalisierung fördern bedeutet für uns Entwicklungshemmnisse aus dem Weg zu räumen und so das Potenzial der Region zu verbessern. In diesem Bereich zielt unsere Arbeit auf:

- regionale Strukturpolitik und Entwicklungsplanung,
- ländliche Regional- und Kommunalentwicklung,
- Umsetzung von Dezentralisierungspolitik auf regionaler und lokaler Ebene,
- Bodenrecht und Bodenordnung sowie Landmanagement,
- Raumordnung und Landnutzungsplanung auf regionaler Ebene,
- regionale Wirtschaftsförderung.

Beispiel: Peru

Neue Hoffnung für die Bauern in Cajamarca

Die Kleinbauern in den Hochtälern des nördlichen Andenhochlandes gehören zu den Ärmsten des Landes. Die magere Ernte, die sie Jahr für Jahr den bereits teilweise zerstörten Böden abringen, müssen sie sofort nach dem Einbringen verkaufen. Zum Einen, weil sie keine Lagermöglichkeiten haben und zum Anderen, weil sie dringend das Geld brauchen. Die Händler wissen das und kaufen die Erzeugnisse zu Spottpreisen auf. Wer von den Bergbewohnern kann, verlässt die unwirtliche Gegend, in der es keine Straßen, keine Schulen und keine Ärzte gibt und zieht in die Stadt.

Das Projekt „Ländliche Entwicklung Cajamarca“ ließ die Hoffnung auf ein besseres Leben in den Tälern einkehren. Ziel des Vorhabens, das von der GTZ unterstützt wird, ist die ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung der Region. Daher werden sowohl die Gemeinden als auch die kleinbäuerlichen Familien unterstützt. Gemeinsam mit den Beratungsfachleuten erarbeiten die Bauern Pläne für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft. Die Frauen tragen das ihre zu dem bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung der Region bei. Sie erhalten eine Ausbildung und damit verbunden die Möglichkeit beispielsweise beim Tiergesundheitsdienst mitzuarbeiten. Bezahlt werden sie von den Bauern, die die Leistungen des Tiergesundheitsdienstes in Anspruch nehmen.

Inzwischen geht es den Bauersfamilien in Cajamarca besser. Die neuen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und die bessere Vermarktung ihrer Erzeugnisse macht sich bezahlt. Das Beispiel Cajamarca hat Schule gemacht, auch in anderen Regionen des Landes sind vergleichbare Entwicklungsvorhaben angestoßen worden. Die peruanische Regierung will so der Landflucht entgegenwirken und gleichzeitig die ökologisch sehr empfindlichen Bergregionen stabilisieren.

Beispiel: Überregional

Ökolandbau – auch für den deutschen Markt

Ökolandbau ist gut für die Umwelt – Erosionsschutz, Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, keine Pestizide und Schutz des Trinkwassers sind nur die wichtigsten Vorteile, die dieses Anbauverfahren bringt. Und – Ökoprodukte sind gefragt. Damit Kleinbauern in unseren Partnerländern von dieser Entwicklung profitieren können, beraten wir weltweit Produzenten, Verbände, Zertifizierer, Vermarktungsorganisationen und Ministerien. Und zwar von A wie Anbau bis Z wie Zertifizierung. Neben der Produktion ist vor allem die Vermarktung wichtig für den Erfolg des Ökolandbaus.

Da Ökoprodukte aus Ländern der Dritten Welt auch für den deutschen Markt von Interesse sind, wird eine Reihe von Ökolandbau-Projekten in Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen gefördert.

Anbau von Biogewürzen in Tansania:

Bauern werden in Verfahren des ökologischen Anbaus von Gewürzen ausgebildet, die Produktion wird zertifiziert. Der deutsche Partner sichert durch Abnahmegarantien das Einkommen der Ökobauern.

Beratungs- und Vermarktungsinstitut in Kuba:

Das Institut ist beim Anbauverband für Ökolandwirtschaft angesiedelt. Es führt Fortbildungsmaßnahmen vor allem für Multiplikatoren durch und macht Marktanalysen für Erzeuger und Exporteure.

Ökologische Bewirtschaftung kleiner Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste:

Der europäische Partner schließt mit den Kleinbauerngruppen Lieferverträge zu fairen Bedingungen ab.

3.10 Effizienz, Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit – oder: Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung zusammenbringen

Wirtschaftliche Entwicklung ist ein zweiseitiges Schwert: Sie sorgt für Arbeit und Einkommen und zerstört gleichzeitig die Umwelt. Doch diese unheilige Allianz ist am bröckeln. An ihre Stelle tritt die Ökoeffizienz.

Nachhaltige Entwicklung ist ohne wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar. Die Wirtschaft muss wachsen um Beschäftigung und Einkommen für die Armen zu schaffen und um den Entwicklungsländern eine Chance auf die Teilhabe am globalen Fortschritt zu geben. Auf der anderen Seite wird die Wirtschaft zu Recht maßgeblich für Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch verantwortlich gemacht.

Entwicklungsprobleme können nicht losgelöst von zunehmender Industrialisierung und weiterer Liberalisierung der Märkte betrachtet werden. Damit nachhaltige Entwicklung auch tatsächlich praktiziert wird, ist unserer Ansicht nach der Staat unverzichtbar. Er muss immer dann regulierend eingreifen, wenn Markt- oder andere Regulierungsmechanismen versagen. Eine solche soziale und umweltverträgliche Marktwirtschaft ist ein Modell, das seinen Praxistest schon lange bestanden hat – beispielsweise bei uns in Deutschland.

Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit verbinden

Es zeigt sich immer wieder, dass Wachstum und steigende Wettbewerbsfähigkeit nicht zwingend zu mehr Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch führen müssen. Im Gegenteil: Effizientere Produktionsprozesse führen oft auch zu einem effizienteren Umgang mit natürlichen Ressourcen. Ähnliches gilt für die Verbesserung der sozialen Situation der Beschäftig-

ten. Die Einführung moderner Technologien, mit denen Produktivitätssteigerungen erst möglich werden, stellt erhöhte Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation der Beschäftigten und kann damit deren Stellung im Betrieb verbessern.

Die Verknüpfung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit hat einen Namen – „Ökoeffizienz“. Doch es ist ein zartes Pflänzchen, das gepflegt werden will. Denn Tatsache ist, dass künftige Ertragschancen die Unternehmer oft herzlich wenig kümmern, wenn ihnen kurzfristige Gewinne winken. Das ist häufig dann der Fall, wenn der Gesetzgeber es ermöglicht, Kosten für die „Reparatur“ von Umweltschäden auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Oder wenn mit subventionierten Energie- und Rohstoffpreisen der Ressourcenverschwendung Vorschub geleistet wird.

Um dies zu vermeiden, braucht es einen handlungsfähigen Staat mit ebensolchen Institutionen. Den Rahmen für das wirtschaftliche Handeln innerhalb eines Staates bilden Gesetze und Verordnungen, die auf demokratischen Prinzipien beruhen. Die Weiterentwicklung dieser Rahmenbedingungen sollte in Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft und des Privatsektors erfolgen. Nur so lassen sich faire Kompromisse finden in dem Konflikt zwischen Wirtschaftsinteressen, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit, die dann auch durchgesetzt werden können. Über die Steuer- und Ausgabenpolitik, die Geld-, Kredit- und Verschuldungspolitik, die Umweltpolitik, die Sozialpolitik sowie eine Reihe anderer Politiken können Spannungen innerhalb eines Landes und zwischen verschiedenen Volksgruppen gemindert werden. Dabei sollten internationale Erfahrungen und Standards berücksichtigt werden.

Die Beratungsansätze der GTZ

Aus dem von der GTZ mitgetragenen Konzept der globalen Strukturpolitik ergeben sich verschiedene

Handlungsebenen für die politische Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung. Aus Sicht unseres Unternehmens sind dabei vor allem die Mitgestaltung internationaler Regelwerke und Konventionen – zum Beispiel die Öko- und Sozialstandards im Rahmen der WTO oder Umweltabkommen wie das Kyoto-Protokoll – sowie die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung.

Mit unseren Beratungskonzepten setzen wir auf einen umsichtig betriebenen Strukturwandel, der ein nachhaltiges und breitenwirksames Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Ein solcher Strukturwandel erfordert das Zusammenwirken von privatwirtschaftlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Im Mittelpunkt unserer Beratungen steht die Harmonisierung verschiedener Politikfelder, beispielsweise der Handels-, Industrie- und Umweltpolitik und die Förderung des Dialogs zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Für uns ist der Privatsektor nicht nur Adressat staatlicher Umweltpolitik, sondern auch Partner bei der Suche nach nachhaltigen Problemlösungen. Ökonomische Anreize und freiwillige Vereinbarungen, aber auch Emissionsgrenzwerte, Kontrollen, Zertifizierungen und Bestimmungen bezüglich der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsplatzsicherheit können die Veränderungsprozesse in die richtige Richtung lenken.

Um erfolgreich zu sein, brauchen Unternehmen nicht nur passende Rahmenbedingungen, sondern auch genügend qualifizierte Arbeitskräfte, ausreichende Finanzdienstleistungen und nachfrageorientierte Beratungsleistungen sowie eine artikulationsfähige Interessenvertretung sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen müssen einen einfacheren Zugang zu modernen Managementinstrumenten, effizienten, Energie und Rohstoff sparenden Produktionsmethoden sowie abfall- und emissionsarmen Technologien bekommen. Ein für den Unternehmenssektor förderliches Umfeld setzt die Existenz von Institutionen voraus, die in der Lage sind, ihr je-

weiliges Mandat qualifiziert wahrzunehmen. Die GTZ konzentriert sich seit einigen Jahren auf die Beratung solcher Organisationen und ihrer Netzwerke.

Wenn der Markt den verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt honoriert, die Umweltzerstörung dagegen negativ zu Buche schlägt, dann lohnt sich diese nicht mehr. Mit anderen Worten: Es soll mehr mit weniger produziert werden. Oder: Durch effizientere Prozesse werden neue und bessere Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen, aber mit geringerem Ressourcenverbrauch hergestellt. Die Unternehmer allerdings stehen einer solchen Politik, die sich an mittel- und langfristiger Rentabilität ausrichtet, zunächst eher skeptisch gegenüber. Sie müssen von den Vorteilen einer derartigen Vorgehensweise erst überzeugt werden. Dies erfolgt über intensive Information, gezielte Fortbildungen, Demonstration erfolgreicher Pilotmaßnahmen sowie die Förderung von Unternehmensnetzwerken. In unserer Arbeit zur Förderung der Ökoeffizienz setzen wir vor allem auf praxiserprobte Methoden wie zum Beispiel das „profitable Umweltmanagement“ (PRUMA) und auf die Unterstützung von Dienstleistungsunternehmen und Beratungsstrukturen, die solche Instrumente aufnehmen und in Kleinbetrieben anwenden. Das „PRUMA“-Konzept basiert auf einfach umsetzbaren Maßnahmen, die den Ressourcenverbrauch senken, die kostengünstig und in kurzer Zeit rentabel sind und die gleichzeitig organisatorische Abläufe verbessern.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Förderung des Technologietransfers und die Kooperation mit Unternehmen aus fortgeschrittenen Industrieländern. Da diese Unternehmen in der Regel wesentlich effizienter und damit auch „ökoeffizienter“ sind, bietet es sich an, dieses Know-how für Unternehmen in Entwicklungsländern nutzbar zu machen. Im Rahmen des Public Private Partnership-Programms arbeiten viele deutsche Unternehmen mit einheimischen Partnern bei dem Transfer umweltverträglicher Technologien zusammen.

Beispiel: Indonesien

Weniger Dreck im Abwasser und mehr Geld in der Kasse

Die Abwässer der indonesischen Lederherstellungsbetriebe sind hochgradig belastet. Das hat verschiedene Ursachen. So werden die Häute vor der Gerbung nicht von Haaren gereinigt und oftmals ist auch die Temperatur bei der Chromgerbung schlecht eingestellt, sodass das Chrom nicht vollständig in das Leder einzieht, sondern verstärkt das Abwasser belastet. In vielen Gerbereien werden während des gesamten Lederherstellungsprozesses viel zu hohe Mengen an Salz verwendet. Ein weiteres Problem ist für viele Betriebe die fehlende geordnete Faulschlamm Entsorgung. Mit ihrer Beratung konnten die GTZ-Fachleute dazu beitragen, dass solche und andere Defizite in den Betrieben erkannt wurden. Gleichzeitig zeigten sie aber auch Verbesserungsmöglichkeiten auf. Durch diese Hilfestellung konnte beispielsweise ein Schuhlederhersteller in Yogyakarta die Qualität seines Leders erheblich verbessern und dadurch seine monatlichen Gewinne ganz beachtlich steigern.

Solche Erfolge beim betrieblichen Umweltschutz sind in Indonesien sehr wichtig. Das Land hat zwar eine Umweltgesetzgebung, doch mit der Umsetzung hapert's gewaltig. Deshalb kommen freiwilligen und marktorientierten Maßnahmen des industriellen Umweltschutzes große Bedeutung zu. Die GTZ bietet interessierten Firmen an, sie bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu unterstützen. Internationale und lokale Experten besuchen die Firmen und erarbeiten gemeinsam mit ihnen einen entsprechenden Maßnahmenkatalog.

Beispiel: Thailand

Neue Brennöfen sparen Geld und schaffen Arbeitsplätze

Ein neuer Brennofen spart den thailändischen Keramikherstellern Millionen – und bei den Ofenbauern blüht das Geschäft. Angefangen hat alles mit einem Projekt, das das Thailändische Energiesparprogramm unter anderem beim Technologie- und Know-how-Transfer im Bereich Energieeffizienz unterstützt. Der neu vom Projekt eingeführte Ofen hat ein effizienteres Design als die alten Brennöfen, außerdem wurden für den Bau neue Materialien verwendet. Ergebnis: Der neue Ofentyp braucht nur etwa halb so viel Energie wie der alte. Angenehmer Nebeneffekt: Die Qualität der produzierten Ware ist besser, der Ausschuss geringer.

Nachdem das Projekt 1995 mehrere Ofenbauer ausgebildet hatte, verbreitete sich die neue Technologie schnell, dafür sorgten die Ofenbauer, denn sie wollten ja Geld verdienen. Inzwischen haben sich über 300 Firmen an dem Programm beteiligt. Bis heute wurden über 1.500 solch energieeffiziente Brennöfen gebaut, ohne dass eine direkte Beteiligung des Projekts notwendig gewesen wäre. Das Investitionsvolumen hierfür wird auf 1,1 Milliarden Baht geschätzt, das entspricht rund 28 Millionen Euro.

Durch diese neue Technologie sind bis heute 7,1 Milliarden Baht oder 185 Millionen Euro an Devisen für Gas eingespart worden. Die Materialkosteneinsparungen durch den geringeren Ausschuss bei der Ware liegen noch einmal in der gleichen Größenordnung. Darüber hinaus sind bei den Ofenbaufirmen in den letzten Jahren etwa 200 neue Arbeitsplätze für angelernte Arbeitskräfte entstanden.

3.11

Aids bedroht uns alle – insbesondere aber die Zukunft Afrikas

Aids zerstört Menschen, Familien, ja sogar ganze Volkswirtschaften – jahrzehntelange Entwicklungsbe-mühungen werden zunichte gemacht. Nur wenn Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zusammenarbeiten, lässt sich etwas dagegen ausrichten.

Aus einem schwer wiegenden Gesundheitsproblem wurde vielerorts inzwischen ein umfassendes Entwicklungsproblem. In einigen Ländern bereits wurde durch Aids ein Großteil der Entwicklungsbemühungen der letzten Jahrzehnte zunichte gemacht. Die Seuche ist der Beginn eines tödlichen Teufelskreises: Vor allem arme Menschen werden in die Prostitution oder in die Wanderarbeit getrieben und tragen so zur Verbreitung von HIV bei. Oft können sie sich Kondome nicht leisten oder kennen keine Präventionsmöglichkeiten. Ist die Krankheit erst einmal ausgebrochen, treibt sie nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch deren Familien und ganze Gemeinschaften in weitere Armut. Vor allem Männer und Frauen im reproduktiven und arbeitsfähigen Alter werden durch die Immunschwäche dahingerafft. Familien brechen auseinander; die Aids-Waisen stehen meist mittellos da. Einkommen und Ersparnisse müssen zu großen Teilen für Pflege und Behandlung von Erkrankten aufgewendet werden. Die Gesundheitseinrichtungen sind stark überlastet. In den Schulen fehlen zunehmend die Lehrer. Unternehmen verlieren massenhaft qualifiziertes Personal. Das sind nur einige der Folgen, die die Seuche nach sich zieht.

Aids geht alle an

Um nachhaltige Entwicklung in den betroffenen Ländern in den nächsten Jahren überhaupt zu ermöglichen, muss HIV/Aids mit allen Mitteln eingedämmt werden. Das bedeutet, die Bekämpfung der Seuche und ihrer Auswirkungen kann nicht mehr nur die

Aufgabe des Gesundheitssektors und spezieller Aids-Projekte sein. Da alle Bereiche, von der Bildung über die Landwirtschaft bis hin zur Wirtschaft betroffen sind, müssen sich auch alle dieser Herausforderung stellen. Präventive Maßnahmen, insbesondere Aufklärung, können leicht in allen Bereichen integriert werden. Allerdings steht die Durchsetzung dieses multi-sektoralen Ansatzes international erst am Anfang. Die Erfahrungen in Ländern wie Thailand und Uganda haben aber gezeigt, dass es nur so gelingen kann, die Zahl der Neuinfektionen zu reduzieren.

Die GTZ unterstützt allein in 24 afrikanischen Ländern Projekte der reproduktiven und Familiengesundheit, die alle auch HIV/Aids-Maßnahmen durchführen. Seit 1999 berücksichtigen wir in allen Projekten verstärkt, dass die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von HIV/Aids abgefedert werden müssen. Schon bei der Konzeption der Projekte müssen bereits die Auswirkungen von Aids berücksichtigt werden.

Die Mittel der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit reichen bei weitem nicht aus um mit dem Problem fertig zu werden. Wie dramatisch die Situation ist, zeigen einige wenige Zahlen. In vielen Ländern ist bis zu einem Viertel der Bevölkerung mit dem HI-Virus infiziert. In Südafrika ist die Lebenserwartung mittlerweile auf 47 Jahre gesunken. Weltweit sind Beiträge der Wirtschaft und die verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern notwendig. Eine aktive Beteiligung an der Aids-Bekämpfung ist durchaus im Interesse der Wirtschaft, denn die Seuche erhöht den Krankenstand und die Personalkosten drastisch, führt zum Verlust qualifizierter Mitarbeiter und zu unrentablen Investitionen in die Aus- und Fortbildung des Personals. In Südafrika hat die Wirtschaft bereits reagiert. In ihrem Kampf gegen Aids wird sie von der GTZ unterstützt.

Beispiel: Ostafrika

Seit 15 Jahren Aids-Bekämpfung



In der Projektarbeit der GTZ gibt es zwei herausragende Beispiele für umfassende Aids-Bekämpfungsprogramme, bei denen es gelungen ist, den Anstieg der HIV-Neuinfektionen insbesondere bei jüngeren Altersgruppen nachhaltig zu vermindern: in Fort Portal in Westuganda und in der Mbeya-Region in Tansania. In beiden ostafrikanischen Ländern unterstützen wir seit fast 15 Jahren die HIV/Aids-Arbeit in diesen Distrikten. Der Erfolg beruht auf einem ganzen Bündel von Maßnahmen, die alle ineinandergreifen.

Ein nicht unerheblicher Teil dieser Maßnahmen dient der Gesundheitsförderung. Stärkere Nutzung von Kondomen, Safer Sex und die Kontrolle sexuell übertragbarer Krankheiten durch Behandlung und Beratung gehören zu diesem Bereich. Ebenfalls feste Bestandteile der Projektarbeit sind die Beratung bei der häuslichen Pflege von HIV-infizierten Personen und ihren Familien sowie die Sicherstellung von Hygiene im Gesundheitswesen und im Bereich der Bluttransfusion. Außerdem engagieren sich beide Projekte dafür, dass die Aids-Kranken von ihren Mitmenschen akzeptiert und nicht wie Aussätzige behandelt werden.

Ein ganz wesentlicher Teil der Arbeit ist die Koordination der Aids-Bekämpfungsmaßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene. Dazu gehört die Sensibilisierung und Beratung von politischen Entscheidungsträgern auf regionaler Ebene und die Abstimmung der Maßnahmen mit anderen Projekten, Ministerien und Organisationen, einschließlich der Privatwirtschaft und ehrenamtlich Tätigen.

Auskunft über die Ausbreitung der Krankheit geben die jährlichen so genannten epidemiologischen Verlaufskontrollen bei schwangeren Frauen. Diese Kontrollen werden in Mutter-Kind-Einrichtungen durchgeführt. Überhaupt ist die praxisorientierte Forschung für beide Aids-Projekte sehr wichtig. Denn nur so können die Maßnahmen an die jeweilige aktuelle Situation angepasst und die Wirkungen bereits ergriffener Maßnahmen realistisch beurteilt werden.

Beispiel: Südliches Afrika

Gemeinsam mit der Privatwirtschaft gegen Aids

Aids-Fonds gegründet

In Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler hat die GTZ in Südafrika einen Aids-Fonds aufgebaut – Modell für eine afrikaweite Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Aus diesem Fonds können Unternehmen Geld für die Entwicklung ihrer eigenen Aids-Bekämpfungsstrategie erhalten, sofern sie selbst bereit sind, den vierfachen Betrag dessen einzusetzen, was sie aus dem Fonds erhalten. Außer dem Geld erhalten die Unternehmen auch eine entsprechende Beratung, gleichzeitig müssen sie sich verpflichten, ihre Erfahrungen zu verbreiten. Angestrebt werden damit nicht nur Aufklärungsmaßnahmen, sondern auch eine Reform der Betriebskrankenkassen und der Rentenfonds. Dieser Ansatz verfolgt mehrere Ziele. Zum einen werden die Arbeitnehmer besser gegen HIV geschützt, sie haben Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und sind finanziell besser abgesichert. Die Unternehmen ihrerseits tragen zur Sicherung ihres Personalbestands, zur Senkung der Fluktuation und zu höherer Produktivität bei. Dieses Programm und die Erfahrungen daraus sollen in Zukunft auch anderen Partnerländern in Afrika zugänglich sein.

Aids-Schutz für Ungeborene

In Kenia, Tansania und Uganda arbeitet die GTZ mit dem Pharmahersteller Boehringer Ingelheim zusammen. Ziel des Pilotprojektes ist, die HIV-Übertragung von der Mutter auf das Ungeborene zu verhindern. Das gelingt mithilfe des Medikamentes Nevirapine, das Boehringer Ingelheim zur Verfügung stellt. Die GTZ hilft ihren Partnern in den drei Ländern, das Gesundheitswesen nachhaltig auszubauen. Dadurch werden die Rahmenbedingungen verbessert und eine medikamentöse Behandlung der an Aids erkrankten Mütter und Neugeborenen überhaupt erst möglich. Die Unterstützung der Partner beim Ausbau funktionierender Gesundheitsdienste schließt eine Lücke bei der Aids-Bekämpfung.

3.12

Krisenprävention – oder: Internationale Zusammenarbeit als Teil der Friedenspolitik

Entwicklungszusammenarbeit kann im Zusammenspiel mit Außen- und Sicherheitspolitik Krisen verhindern und Konflikte bewältigen helfen. Sie kann aber auch direkt zur Krisenprävention beitragen.

Kriege und Konflikte machen weltweit Entwicklungserfolge zunichte. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich die Anzahl und Brutalität vor allem innerstaatlicher Konflikte erheblich erhöht. Allein im Jahr 2000 gab es weltweit 144 politische Konflikte, von denen viele mit massiver Gewalt ausgetragen wurden oder kurz vor einer möglichen Eskalation standen. All diese Gewaltkonflikte verursachen neben ihren dramatischen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung meist erhebliche ökologische, ökonomische und soziale Kosten. Die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Menschen und der Gesellschaften, in denen sie leben, wird durch dadurch massiv infrage gestellt.

Entwicklungszusammenarbeit allein kann Kriege nicht verhindern. Aber im Zusammenspiel mit Außen- und Sicherheitspolitik kann sie Krisen verhindern und Konflikte bewältigen helfen. Auch in diesem Zusammenhang spielen Maßnahmen beispielsweise in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, ländliche Regionalentwicklung, Umwelt oder Bildung eine wichtige Rolle, denn hier liegen allzu oft wichtige Ursachen für Konflikte. Damit schafft sie entscheidende Ausgangsbedingungen für nachhaltige Entwicklung.

Der Beratungsansatz der GTZ

Die Entwicklungspolitik kann aber auch direkt zur Krisenprävention beitragen. Dabei geht es zum Einen um die Förderung von sozialem und politischem Ausgleich. Es kommen Ansätze zum Tragen, die Verteilungsgerechtigkeit und Verbesserung politischer

Teilhabe der Bevölkerung, Stärkung demokratischer Institutionen, Weiterentwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der Zivilgesellschaft inklusive einer demokratischen Medienlandschaft zum Ziel haben. Zum Anderen geht es um die Förderung von Friedensallianzen, die Arbeit mit Jugendlichen im Bildungsbereich und hier insbesondere um Friedenserziehung, die Schaffung von Arbeit sowie die Bewältigung der persönlichen und gesellschaftlichen Kriegsfolgen durch Trauma- und Versöhnungsarbeit. Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Krisenprävention ist die Qualifizierung von Mitarbeitern, Partnerfachkräften und Fachinstitutionen, die im Bereich der Konfliktbearbeitung tätig sind. Die GTZ ist dabei, die friedensfördernde Wirkung ihrer Arbeit systematisch zu stärken. Hierzu gehören Länderstudien zur Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf die friedliche Bewältigung von Krisen und Konflikten, aber auch die Methodenentwicklung für Konfliktanalysen und die Entwicklung von Frühwarnsystemen. Darüber hinaus nutzt und verbessert die GTZ das Instrument flexibler Fonds zur Förderung lokaler Friedensinitiativen.



Krisenprävention ist in dreierlei Hinsicht ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

- **Ökologisch:**
Krisenprävention hilft verhindern, dass natürliche Ressourcen massiv geschädigt beziehungsweise einer nachhaltigen Nutzung entzogen werden. Denn teilweise werden durch Kriegshandlungen oder auch schon allein durch die drohende Gefahr von Gewaltanwendung ganze Landstriche entvölkert, landwirtschaftliche Nutzflächen im Stich gelassen oder vermint und so auf Jahre hinaus unbrauchbar gemacht. Massive Flüchtlingsströme können das ökologische Gleichgewicht ganzer Regionen auf lange Zeit zerstören.
- **Ökonomisch:**
Krisenprävention hilft verhindern, dass staatliche oder internationale Ressourcen für Aufrüstung oder die Führung von Kriegen „missbraucht“ werden. Und sie erhält die Wirtschaftskraft ganzer Regionen und der in ihr lebenden Menschen.
- **Sozial:**
Der Einsatz für Konfliktbewältigung und Wahrung der Menschenrechte trägt zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit bei.

Beispiel: Kambodscha

Krisenprävention und –bewältigung braucht eine breite Basis



Seit dem Pariser Friedensschluss von 1991 durchläuft Kambodscha nach mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg einen unruhigen Prozess des Wiederaufbaus und der Transformation.

Unsere Arbeit zielt zum Einen auf die Verbesserung der Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung. Dies geschieht durch Projekte in den Bereichen ländliche Entwicklung, Ernährungssicherung, Gesundheit und Ausbildungsförderung. Zum Anderen engagieren wir uns bei der Demobilisierung von Soldaten, der Dezentralisierung des Staatswesens, der Entwicklung einer neuen Bodenordnung, der Restrukturierung der Forstverwaltung sowie bei der Förderung der Rechte von Frauen. Einen Überblick über unsere Arbeit geben die drei hier näher beschriebenen Projekte.

Landmanagement

Als Folge des Bürgerkriegs müssen alle Landfragen neu geregelt werden. Mehr Sicherheit beim Bodenrecht, fair geregelter Landzugang und bessere Raumnutzungsplanung sind in diesem Zusammenhang wichtige Aspekte. Die Neuregelung des Bodenrechts hängt dabei auch mit der Reform verschiedener anderer Rechtsbereiche wie Forst-, Wasser- und Fischereirecht und mit dem Naturschutz zusammen. In jedem dieser Bereiche geht es um Nutzungsrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Provinzentwicklung in Kampong Thom

Knapp die Hälfte der kambodschanischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Ziel des Projektes ist, die Eigenverantwortung und Selbsthilfefähigkeit der dörflichen Bevölkerung zu stärken und so zur Gestaltung des ländlichen Raums als zukunftsfähigem Lebensraum beizutragen, der als Motor für die nationale wirtschaftliche Entwicklung dient. Gleichzeitig werden damit auch die Grundbedürfnisse der Ärmsten gesichert.

Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten

Die Integration aller Bürgerkriegsarmeen in die Royal Cambodian Armed Forces (RCAF) sollte Konfliktpotenziale binden, führte jedoch auch zu einer erheblichen Belastung des Staatshaushaltes. Bereits 1996 wurde deshalb von der kambodschanischen Regierung eine Truppenreduzierung geplant. Allerdings ist die Mehrzahl der ehemaligen Bürgerkriegskämpfer nicht in der Lage, sich ohne Unterstützung eine zivile Existenz aufzubauen. Die Reintegration stellt zudem ein erhebliches administratives Problem dar. Der deutsche Beitrag zielt auf die Unterstützung der landesweiten Wiedereingliederung von Ex-Kombattanten in das zivile Leben.

Dienstleister für internationale Zusammenarbeit – Worauf wir bauen können



4.1

Unser Kapital ist unser Wissen und unser Können

Seit vielen Jahren bereits sind wir Dienstleister für Entwicklungszusammenarbeit. Unseren Erfolg verdanken wir unserer Präsenz vor Ort und dem Wissen und Können unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Als ein kundenorientiertes Beratungsunternehmen kann die GTZ auf breit gefächerte Sektor- und Länderkenntnisse zurückgreifen, die im Austausch mit anderen international tätigen Organisationen ständig erneuert werden. Insbesondere das Fachwissen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht sie zu einem kompetenten Partner: von der Aus- und Fortbildung über die Gesundheitsversorgung bis hin zur Umwelttechnik und zum Waldmanagement. Die Zahlen sprechen für sich: 2.700 Projekte und Programme in mehr als 130 Ländern unterstreichen die Erfahrung der GTZ im Projektmanagement.

Unsere Kompetenzen

In der internationalen Zusammenarbeit steht zunehmend eine Frage im Vordergrund: Wie können Veränderungsprozesse gestaltet werden. Auf diesem Gebiet verfügt die GTZ über besondere Kompetenz.

Unsere Kompetenz hat viele Facetten:

Wir...

- sind in vielen Ländern präsent und haben Zugang zu den relevanten Akteuren.

- haben interkulturelle Kompetenz.
- beraten viele Länder bei der Erarbeitung nationaler Strategien, seien es Entwicklungspläne, Sektorstrategien oder Aktionsprogramme.
- bündeln Kompetenzen.
- verstehen uns als ehrlicher Makler zwischen unterschiedlichen Interessen.
- verfügen als Fachinstitution über Expertisen in allen Sektoren.
- verfügen über Methodenerfahrung (partizipative Planung, Management, Moderation, Konfliktmanagement, Veranstaltungen usw.).
- haben Erfahrung auf allen Ebenen, von zielgruppennaher Beratung bis hin zur Politikberatung.
- sind in der Lage, „best practices“ aus Industrie- und Entwicklungsländern einzubringen.
- halten die Balance zwischen Ergebnis- und Prozessorientierung, beides ist uns wichtig.
- haben Erfahrung im beteiligungsorientierten Management von Projekten und Prozessen.
- sind in der Lage, über so genannte Kleinprojektfonds auch „Mikroprojekte“ zu entwickeln und zu unterstützen.

Kurzum: Wir stehen für Kundenorientierung und individuelle Lösungen.

Unsere Aktivitäten

Auf der nationalen Ebene berät die GTZ die Partnerregierungen bei der Verbesserung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Unsere Fachleute arbeiten mit Ministerien und Behörden zusammen und unterstützen diese bei ihren Reformbestrebungen, beispielsweise bei der Formulierung von Sektorpolitiken.

Bei der Organisationsentwicklung geht es insbesondere um die Förderung öffentlicher Einrichtungen, damit diese kostengünstiger und effizienter ihre Aufgaben wahrnehmen können. Hierzu gehört auch die Privatisierungsberatung, etwa die Beratung bei der

Reorganisation der Wasserwerke eines Landes. Mit diesen Maßnahmen wird das institutionelle Umfeld für privatwirtschaftliches Engagement gestärkt.

Und nicht zuletzt haben wir Erfahrung im Management komplexer Projekte mit verschiedenen Akteuren in einem interkulturellen Umfeld. Dabei geht es vor allem um die Vermittlung und Moderation beim Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

4.2

Unser Ansatz: Mit neuen Allianzen Kapazitäten für nachhaltige Entwicklung stärken

Strategische Allianzen sind unsere Antwort auf die immer komplexer werdenden Probleme, denen sich die Entwicklungszusammenarbeit stellen muss. Nur wenn alle Kräfte gebündelt werden, können wir das Ziel erreichen.

„Gibst du einem Menschen einen Fisch, nährt er sich einen Tag lang. Lehrst du ihn das Fischen, nährt er sich ein Leben lang.“ Dieses alte chinesische Sprichwort galt über Jahre als Leitmotiv für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit: Das Individuum sollte befähigt werden, sich aus eigener Kraft zu entwickeln. Dies bezeichnete man lange als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Fälschlicherweise, wie wir inzwischen wissen.

Heute sprechen wir von „Capacity Development“ und bezeichnen damit einen umfassenderen Ansatz. Weil die Probleme immer komplexer werden, hat die zielgruppenorientierte Arbeit vor Ort – so wichtig sie auch bleibt – nur eine begrenzte Reichweite. Gleichzeitig wissen wir, dass die Handlungskompetenz von Menschen und Organisationen nicht nur von ihren eigenen Strategien und Stärken abhängt, sondern auch von dem Handeln anderer Akteure sowie den allgemeinen Rahmenbedingungen. Diese zu verändern ist Teil des politischen Prozesses und erfordert die Bildung strategischer Allianzen.

Mit unserer Beratungsarbeit unterstützen wir unsere Partnerländer dabei, vorhandene Kapazitäten und Kompetenzen im Sinne nachhaltiger Entwicklung einzusetzen, zu bündeln und weiterzuentwickeln. Dabei geht es um die Stärkung von Menschen und Organisationen, um die Anpassung der Rahmenbedingungen und um die Bildung von strategischen Allianzen für nachhaltige Entwicklung.

Unsere Beratungskonzepte setzen an verschiedenen Punkten an:

- Stärkung der Handlungskompetenz aller relevanten Akteure; das sind – je nach Fragestellung – staatliche Stellen, private Unternehmen und Dienstleister, Organisationen der Zivilgesellschaft, lokale Gruppen, Medien, Verbände und Forschungsinstitutionen.
- Wir leisten Beiträge auf all den Ebenen, die im jeweiligen Fall die größte Hebelwirkung versprechen; das kann neben der Makro-, Meso- und Mikroebene auch die globale Ebene sein.
- Stärkung pluralistischer und beteiligungsorientierter Formen der Planung und Umsetzung, die gleichzeitig die Kooperation und Konsensbildung zwischen den Akteuren fördern.
- Wir unterstützen die Erarbeitung und Umsetzung langfristiger Strategien – immer vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung –, die den Rahmen für strukturelle Reformen, Politikkohärenz, eine Anpassung der Rahmenbedingungen und Regelwerke und für tragfähige Umsetzungsprogramme bilden.
- Einbeziehung des privaten Sektors, wo immer sinnvoll und möglich.
- Wir stellen die Berücksichtigung globaler Zusammenhänge und die Umsetzung internationaler Vereinbarungen sicher.

Strategisches Handeln im Zeichen nachhaltiger Entwicklung erfordert ein anderes Vorgehen als sektorales Handeln. Handlungsstrategien für nachhaltige Entwicklung können sich auf wenige Probleme kon-

zentrieren oder auf viele. Sie können Nachhaltigkeitsstrategie oder Armutsstrategie heißen oder einen ganz anderen Namen tragen. Prinzipiell kann jede Strategie zu einer Strategie nachhaltiger Entwicklung werden, insbesondere wenn sie:

- unabhängig von ihrem sektoralen Fokus wirtschaftliche, soziale und ökologische Perspektiven gleichermaßen berücksichtigt,
- Ziele, Probleme und Lösungsansätze in ihrer kurzfristigen und langfristigen Bedeutung gegeneinander abwägt,
- in einen Prozess eingebettet ist, der es den unterschiedlichen Akteuren in Staat und Zivilgesellschaft erlaubt, Mitverantwortung für die Strategie zu übernehmen.

Als Beratungsunternehmen konzentrieren wir unsere Dienstleistungen vor allem auf die Gestaltung des Prozesses. Für die Inhalte der sich daraus ergebenden Strategie sind allein unsere Klienten verantwortlich, unser Part erstreckt sich ausschließlich auf die fachliche und methodische Beratung. Dabei legen wir Wert darauf, dass zwischen Ergebnisorientierung und Prozessqualität Ausgewogenheit herrscht.

4.3

Unsere Rolle: Wir sind Mittler zwischen Politik und Wirtschaft

Nachhaltige Entwicklung kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn sich auch die private Wirtschaft aktiv dafür einsetzt. Das bedeutet, sie muss nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und ökologisch verantwortlich handeln.

Regierungen wie Zivilgesellschaft fordern von der Wirtschaft ein auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtetes Verhalten und diese selbst zeigt zunehmend Interesse und Bereitschaft, sich auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu verpflichten und dies der Öffentlichkeit und ihren Kunden gegenüber nachzuweisen.

Private Unternehmen investieren in den Entwicklungsländern in Maschinen und Anlagen, transferieren Know-how und moderne Technologien, bilden einheimische Mitarbeiter aus und schaffen Arbeitsplätze. Damit leisten sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und tragen damit – obwohl dies nicht das primäre Ziel unternehmerischer Aktivitäten ist – unmittelbar zur Verringerung von Armut bei und damit zur Stabilisierung der jeweiligen Gesellschaft. Private Unternehmen werden in Entwicklungsländern aber nicht nur aktiv, um sich neue Absatz- oder Beschaffungsmärkte zu erschließen und zu sichern. Viele Firmen engagieren sich in unseren Partnerländern für soziale und gesundheitliche Verbesserungen in ihrem Umfeld, für Umweltschutz, Fair Trade oder ökologische Effizienz. Da dies auch Anliegen der Technischen Zusammenarbeit sind, eröffnet sich hier ein weites Feld für Kooperationen zwischen der Privatwirtschaft und der Technischen Zusammenarbeit.

Kompetenzen nutzen

Unternehmen, die sich in Entwicklungsländern langfristig engagieren wollen, stehen oft vor hohen Hürden. Häufig mangelt es an qualifizierten lokalen Mitarbeitern, in anderen Fällen bieten lokale Zulieferer oder Handelspartner mangels Know-how ihre Produkte nicht in der geforderten gleichbleibenden Qualität an. Um die geplanten Aktivitäten realisieren zu können, müssen vielfach in erheblichem Umfang Qualifizierungsmaßnahmen ergriffen werden – Maßnahmen, mit denen nicht nur kleine und mittlere, sondern oft auch größere Unternehmen überfordert sind, oder die doch zumindest den üblichen Rahmen unternehmerischer Aktivitäten weit überschreiten. Hier kann die GTZ mit ihren Experten vor Ort, ihren erstklassigen Kontakten zu Regierungen, Verbänden und Institutionen Hilfeleistung leisten und – indem sie private Unternehmen in ihren Aktivitäten unterstützt – gleichzeitig ihre eigenen entwicklungspolitischen Ziele nachhaltig absichern.

Umgekehrt nutzt die GTZ im Rahmen von Public Private Partnerships (PPP) die Kompetenzen ihrer privaten Partner für die Ziele der Technischen Zusammenarbeit. So erfordert der Technologietransfer, der von den privaten Unternehmen initiiert wird, in der Regel die Ausbildung und Qualifizierung lokaler Arbeitskräfte. Dieser Bedarf kann in vielen Fällen im Rahmen von PPP als Nukleus für den Aufbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten im Partnerland genutzt werden. Bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen kann die GTZ überall dort beschleunigend tätig werden, wo es ihr gelingt, private Unternehmen im Rahmen von PPPs für ein langfristiges Engagement im Partnerland zu gewinnen.

Das GTZ-Programmbüro Sozial- und Ökostandards

Die Bereitschaft von Wirtschaftsunternehmen, sich zu sozialem und ökologischem Verhalten zu verpflichten, gewährleistet noch keinen wirkungsvollen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Den Worten müssen auch Taten folgen. Doch bis es so weit ist, müssen einige Hürden überwunden werden. Dabei hilft das GTZ-Programmbüro Sozial- und Ökostandards, das sich intensiv mit Fragen des Marktes und des Handels befasst.

Aus unserer Sicht geht es dabei letztlich immer um die Frage, wie Markt und Handel genutzt werden können,

um die Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung positiv zu beeinflussen. Wir verstehen soziale und ökologische Standards als ein innovatives Instrument globaler Strukturpolitik und beraten Regierungen und Politiker im Umgang mit diesem neuen Instrumentarium. Wir fördern die Beteiligung maßgeblicher Interessengruppen bei Erarbeitung, Umsetzung und Kontrolle von Standards, eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz solcher Standards. Dabei kommt



Die GTZ versteht sich deshalb unter anderem auch als Mittler zwischen Politik und Wirtschaft. Mit ihren Investitionen, dem von ihr initiierten Technologietransfer und der Schaffung moderner Arbeitsplätze sieht die GTZ die private Wirtschaft als wichtigen Partner auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Im Zuge der Neuausrichtung vieler Volkswirtschaften auf marktwirtschaftliche Strukturen mit zunehmender Privatisierung vormals staatlicher Wirtschaftsaktivitäten steht die GTZ den privaten Unternehmen bei ihren langfristigen Engagements in Entwicklungsländern als kompetenter Partner zur Verfügung.

uns unsere langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Regierungen, Institutionen der Wirtschaft und vielfältigen Organisationen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Umweltorganisationen und Gewerkschaften zugute. Wir befassen uns eingehend mit institutionellen Aspekten von Standards wie zum Beispiel: welche Regeln sind bei Aufstellung und Kontrolle von Standards einzuhalten, wie erfolgt die Kontrolle von Standards oder wer lässt Kontrollstellen zu und kontrolliert sie.

Beispiel: Brasilien

Wenn aus Gegnern Partner werden



Gemeinsam mit der Weltbank und mehreren brasilianischen Umweltorganisationen führte die GTZ 1999 in Manaus im brasilianischen Amazonasgebiet eine Konferenz durch. Mit Vertretern der Forstindustrie, des Holzhandels und verschiedener Banken wurden Zertifizierungsmöglichkeiten für forstwirtschaftliche Produkte aus dem Amazonasgebiet diskutiert. Basis sollten verbindliche Standards nachhaltiger Waldwirtschaft sein. Dabei erklärte die Vertreterin der staatlichen brasilianischen Entwicklungsbank BNDES, die Bank könne es sich politisch nicht leisten, der amazonischen Forstindustrie Kredite zu gewähren, weil diese in der Öffentlichkeit einen zu schlechten Ruf habe. Noch während der Konferenz wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Umweltverbänden, Forstindustrie und Banken gebildet, die Kriterien formulierten, nach denen Kredite an die Forstindustrie für sozial und ökologisch verträgliche Investitionen vergeben werden können.

Wenige Monate nach dieser ersten konstruktiven Zusammenarbeit von Forstindustrie und Umweltverbänden, die sich bis dahin unversöhnlich gegenüberstanden, wurden bereits die ersten Kreditverträge abgeschlossen und neue Allianzen eingegangen, etwa der Zusammenschluss Holz verarbeitender Unternehmen, die sich verpflichteten, schrittweise auf die Verarbeitung zertifizierten Holzes umzustellen.

Beispiel: Thailand

Mit Privatfirma fit fürs Wassermanagement

Die Wasserleitungsnetze der asiatischen Metropolen sind löchrig wie ein Schweizer Käse. Folge: Nur die Hälfte des durchfließenden Wassers kommt auch tatsächlich bei den Verbrauchern an, die andere Hälfte versickert im Boden. Zum Vergleich: In Deutschland gehen nur etwa acht Prozent des Wassers im Netz verloren. Hauptursachen für diesen Missstand sind fehlende Wartung und mangelhaftes Netzmanagement der Wasserversorger. Es fehlt ihnen das dafür notwendige Know-how.

Nicht so den Mitarbeitern der Metropolitan Waterworks Authority (MWA) in der thailändischen Hauptstadt Bangkok. Sie werden von der Düsseldorfer Consult GmbH (DC), einem Tochterunternehmen der Stadtwerke Düsseldorf AG, fürs Wassermanagement fit gemacht. Ziel der Maßnahme ist die Qualifizierung von rund 50 Nachwuchskräften und Multiplikatoren. Die theoretischen und Teile der praktischen Schulungen werden im Trainingszentrum der MWA durchgeführt, der Hauptteil der praktischen Schulungen direkt am und im Leitungssystem der Stadt. Die so ausgebildeten Multiplikatoren sollen in den Folgejahren Fachkräfte der Stadt Bangkok, anderer Städte Thailands sowie der Region schulen. Die GTZ übernimmt die Kosten für die internationalen Trainer, das deutsche Unternehmen die laufenden Kosten der Trainings einschließlich Dolmetscher und Büropersonal, für die Erstellung und Übersetzung der Schulungsmaterialien, die nötige Ausstattung für die praktischen Schulungen sowie die Stipendien für die zu schulenden Nachwuchskräfte und Multiplikatoren.

Beispiel: Brasilien

Mülldeponien werden umweltfreundlicher

Ungeordnete Mülldeponien sind eine Gefahr für die Umwelt. Die Sickerwässer verunreinigen das Grundwasser, die Faulgase verbreiten einen zum Teil bestialischen Gestank. Eine mechanisch-biologische Behandlung des Abfalls kann jedoch Abhilfe schaffen. Die entsprechenden Verfahren, die bei uns in Deutschland bereits vielfach erprobt wurden, kommen jetzt auch in Brasilien zum Einsatz.

Im Rahmen der PPP-Maßnahme wurden von der Partnerfirma die technischen Voraussetzungen zur mechanisch-biologischen Abfallentsorgung geschaffen. Weiterhin wurden die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und das Deponiepersonal, auf Initiative der GTZ, im integrierten Abfallmanagement geschult. Durch diese Maßnahmen kann die Deponie in einem ordentlichen Zustand gehalten werden, sodass keine größeren Umweltgefahren mehr von ihr ausgehen. Die mechanisch-biologische Abfallbehandlung unterbindet die Bildung von Methangas und Deponieabgasen fast völlig, sodass es so gut wie keine Geruchsbelästigung mehr gibt. Und auch das Ungeziefer wird nicht mehr angezogen. Weiterer Effekt: Diese Abfallbehandlung lässt die Mülldeponie auf die Hälfte schrumpfen.

Die GTZ machte die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen für die Müllsammler zur Bedingung für die Privatfirma, die das Projekt durchführt. Daraufhin wurde eine Maßnahme zur Wertstoffrückgewinnung integriert. Die Förderung der lokalen Kooperative zur Wertstoffsammlung verbessert die Leistungsfähigkeit und Unabhängigkeit dieser Einrichtung, die Mitglieder haben so ein sicheres Einkommen.

4.4

Nachhaltige Entwicklung fängt bei uns selbst an

Nachhaltige Entwicklung ist auch für unser Unternehmen Verpflichtung. Umweltbilanz, neue Organisationskultur, innovative Planungs- und Beratungsmethoden – das sind nur einige Stichworte, die unseren Weg markieren.

Nachhaltige Entwicklung muss bei uns beginnen. Auch intern müssen wir lernen, unsere Arbeit am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Einiges haben wir bereits auf den Weg gebracht. Wir haben als Unternehmen GTZ nachhaltige Entwicklung zu unserem Unternehmensleitbild erklärt: „Wir fördern erfolgreich internationale Zusammenarbeit, die zur nachhaltigen Entwicklung in der Welt beiträgt“. Dies macht auch nach außen sichtbar, dass wir alle – Unternehmensführung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – hinter diesem Leitbild stehen und uns in unserer Arbeit daran orientieren wollen.

Die Umweltbilanz der GTZ

Im Juli 2001 haben wir unsere zweite Umweltbilanz (Stichjahr 2000) fertiggestellt. Mit ihren konkreten Zielen und Kennzahlen ist sie ein Teil des Qualitätsmanagements. Mit dieser Umweltbilanz verwirklichen wir auch gleichzeitig den praxisnahen Ansatz des „Good Housekeeping“, der auf greifbare Verbesserungen ausgerichtet ist.

Mit der Ökobilanz haben wir das innovative Potenzial unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mobilisiert und an vielen Stellschrauben zu Gunsten der Umwelt drehen können. Nüchterne Zahlen über die Anzahl wiederverwerteter CD-ROMs oder Batterien sowie eingesparte Kilowattstunden sind gar nicht in der Lage, diese positive Bewusstseinsbildung auszudrücken. Wir sind sicher, dass dieser Prozess auch positive Wirkung in unserem Projektalltag hat.

Nachhaltige Entwicklung braucht andere Organisationskultur

Wir haben Armutsbekämpfung, Gender und Umwelt als Querschnittsaufgaben verankert, die in allen unseren Projekten zu berücksichtigen sind. Das geschieht zum Teil durch institutionalisierte Verfahren wie die Umweltverträglichkeitsprüfung, durch das Mehraugenprinzip – dafür werden spezielle Beauftragte ernannt – und auch durch Fortbildungen. Alle unsere Projekte werden außerdem hinsichtlich ihres Beitrags zur Umsetzung der Agenda 21 geprüft.

Es ist uns ein zentrales Anliegen, die sektorale Struktur unserer Organisation aufzuweichen und Mauern zwischen einzelnen Bereichen einzureißen. Denn nachhaltige Entwicklung basiert auf dem Grundgedanken, dass Problemlösungen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen müssen. Daher muss sich unsere Organisationskultur ändern und es müssen Anreize für eine verstärkte interne Zusammenarbeit geschaffen werden. Wir gehen immer mehr dazu über, in unserer Produktentwicklung abteilungsübergreifende Teams zu bilden um sicherzustellen, dass die unterschiedlichen Perspektiven angemessen berücksichtigt werden. Dabei denken wir sehr viel stärker als früher in „Leistungspaketen“ statt in einzelnen Dienstleistungen. Dreh- und Angelpunkt ist immer der Kunde und sein Anliegen. Nur wenn wir so vorgehen ist es möglich, die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung gleichgewichtig in unser Leistungsangebot zu integrieren. Gleiches gilt, wenn wir – im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – an „Schwerpunktstrategiepapieren“ für einzelne Länder mitarbeiten oder an Länderstrategiepapieren.

Vieles hat sich schon verändert, vieles muss sich noch verändern

In vielen Ländern bündeln wir unsere Projekte zu Programmen. Auch das verbessert die Voraussetzungen,

nachhaltige Entwicklung in unserer Arbeit umzusetzen. Wir können so die Arbeit, die wir mit unseren Partnern an verschiedenen Stellen leisten, besser vernetzen. Wir können ein breiteres Spektrum von Akteuren zu Adressaten unserer Beratung machen. Wir können im Rahmen des gleichen Programms mit Kleinbauern zusammenarbeiten, um Ressourcen schonende Anbauformen einzuführen, auf Dorfebene Selbsthilfeorganisationen stärken und auf Regierungsebene an Maßnahmen zur Bodenreform und Dezentralisierung mitarbeiten.

Wenn wir in der GTZ seit einiger Zeit davon sprechen, dass TZ „politischer“ wird, dann bedeutet dies natürlich nicht, dass wir die große Bedeutung von Veränderungen und von Projekten an der Basis leugnen. Wir wissen aber auch, dass die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen in vielen Ländern nachhaltige Entwicklung teilweise verhindern. Wir sind uns bewusst, dass Veränderungen auf dieser Ebene ein langwieriger Prozess sind, aber gerade deshalb müssen wir heute damit beginnen.

Wir setzen alles daran, unsere Arbeit weiter zu professionalisieren. Dies tun wir, indem wir beispielsweise ein Qualitätsmanagementsystem nach EFQM eingeführt haben. Wir verbessern unser Wissensmanagement, investieren in Aus- und Fortbildung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entwickeln innovative Dienstleistungsangebote.

Auf all diesen Gebieten gibt es Fortschritte und dennoch – es gibt noch viel zu tun.

Ausblick: Es ist noch ein weiter Weg



Nur gemeinsam schaffen wir es, die gravierenden Umweltprobleme und ungelösten Entwicklungsfragen zu bewältigen, die das Überleben der Menschheit im „Raumschiff Erde“ ernsthaft bedrohen.

Internationale Zusammenarbeit kann wichtige Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung leisten. Sie ist umso wirkungsvoller,

- je mehr sie an verschiedenen Ebenen gleichzeitig ansetzt,
- je mehr sie die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt und an deren Schnittstellen arbeitet,
- je langfristiger sie ausgelegt ist – ohne allerdings kurzfristige Probleme aus den Augen zu verlieren – und
- je deutlicher sie im eigentlichen Sinne „Capacity Development“ ist.

Wenn wir danach fragen, wie viel wir mit unserer Arbeit zur nachhaltigen Entwicklung unserer Partnerländer beitragen, dürfen wir allerdings eins nicht vergessen: Auch wir in der Bundesrepublik müssen unsere Verantwortung für nachhaltige Entwicklung einlösen – Stichwort: gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung. Es sind gemeinsame Anstrengungen aller problembewussten Menschen bei uns und in den Entwicklungsländern erforderlich, um die gravierenden Umweltprobleme und ungelösten Entwicklungsfragen zu bewältigen, die das Überleben der Menschheit im „Raumschiff Erde“ ernsthaft bedrohen. Nachhaltige Entwicklung in Ländern der Dritten Welt und anderswo, auch bei uns, schließt zwangsläufig mit ein, auch unsere eigenen Konsummuster, unsere Energiepolitik, unsere Agrar- und Handelspolitik und

anderes zu hinterfragen. Diesen Aspekt macht eine Anekdote sehr schön deutlich, die Mahatma Gandhi zugeschrieben wird:

Eine Frau kommt zu Gandhi und sagt: „Bitte bringe meinen Sohn davon ab, zu viel Zucker zu essen.“ Gandhi antwortet: „Komm in zwei Wochen wieder.“ Als die Frau nach zwei Wochen fragt, warum er ihrer Bitte nicht gleich nachkommen wollte, antwortet Gandhi: „Weil deine Bitte mir bewusst gemacht hat, dass ich selbst zu viel Zucker esse. Also musste ich erst selbst lernen mit weniger Zucker auszukommen. Erst jetzt kann ich mit deinem Sohn sprechen.“

